

Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechkarte: Für Inserate Nr. 6206, für die Redaktion Nr. 6207, für den Verlag und die Druckerei Nr. 6205. — Postzeitungsliste 2 Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Vom 16. bis 30. April 1.00 Mark, Abholer 0.80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, dreizehner 30 Pfennig, die dreizehner 30 Millimeter breite Reklamazeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmarke = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewähre Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 93. Magdeburg, Mittwoch den 22. April 1925. 36. Jahrgang

Oesterreich und die Präsidentenwahl.

Führer der Sozialdemokratie in Deutschösterreich weisen zurzeit in Deutschland, um dem deutschen Volke zu sagen, warum alle Hoffnungen auf eine Vereinigung Oesterreichs mit dem Reiche vernichtet werden, wenn Hindenburg zum Präsidenten gewählt wird. Wir haben Julius Braunthal, Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“, gebeten, auch an dieser Stelle das Wort zu nehmen.

Ned. d. „Volkstimme“.

Oesterreich, in allen seinen Klassen und Parteien, nimmt innigsten Anteil an der Wahl des deutschen Reichspräsidenten; denn es fühlt und weiß, daß sich am 26. April auch sein Schicksal mit entscheidet.

Ueber alle Gegenstände der Klassen und Parteien verbindet die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes der leidenschaftliche Wille zum Zusammenschluß, zur Einheit mit dem deutschen Brudervolk. Als das deutschösterreichische Volk im November 1918 die Herrschaft der Habsburger abschüttelte und sich das Grundgesetz der Republik gab, da erklärte es einmütig und feierlich die deutschösterreichische Republik als Bestandteil des Deutschen Reiches. Der Wille zum Anschluß an das deutsche Mutterland ist aber seit jenen Tagen mächtig gewachsen. Wohl haben die Verträge von Versailles und St. Germain dem Anschlußbestreben Schranken der Gewalt entgegen gesetzt. Aber diese Gewaltverträge haben erst recht die kulturelle und wirtschaftliche Kluft zwischen uns und dem Reich offenbart. Die wirtschaftliche Notwendigkeit des Anschlusses offenbar gemacht. Wir müssen aus der Enge unseres Kleinstaatens heraus, wenn wir kulturell nicht verdorren, wenn wir wirtschaftlich gedeihen wollen. Oesterreich zählt selbst in Zeiten guten Beschäftigungsgrades rund hunderttausend Arbeitslose. Die sechseinhalb Millionen Oesterreicher vermögen aber auf die Dauer diese Last von hunderttausend Arbeitslosen nicht zu ertragen, un- wie Erfahrung lehrt, daß die österreichische Industrie — organisch erwachsen aus einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet von sechshundertfünfzig Millionen Menschen, das nun in fünf Staaten zerfallen — die sich gegen die österreichischen Waren mit Hochzollwällen absperrten —, ihre frühere Blüte nicht erlangen, die hunderttausendköpfige Armee der Arbeitslosen nicht aufzulösen vermag, solange sie nicht wieder eingegliedert wird in ein neues großes Wirtschaftsgebiet. Kulturelle Not und wirtschaftliches Elend halten den Anschlußwillen im österreichischen Volke leidenschaftlich wach.

Darum betrachtet das österreichische Volk alle außenpolitischen Vorgänge vornehmlich unter dem Gesichtspunkt seiner Anschlußhoffnungen. Im Westen hat sich in letzter Zeit eine tiefgehende Wandlung in den Anschauungen über den Anschluß vollzogen. Die englisch-amerikanische Hochfinanz, die Deutschland ein Milliarden Darlehen gegeben, wünscht größtmögliche Sicherheit für das Darlehen, also die Erweiterung der wirtschaftlichen Traglast Deutschlands und vor allem Frieden in Europa. Sie empfindet sehr deutlich die österreichische Staatskrise als ein Element steter Unruhe in Mitteleuropa. Aus dieser Erkenntnis ist im Westen die Ueberzeugung gereift, die Widerstände gegen den Anschluß abzubauen. Aus diesem Bedürfnis nach Frieden und nach einer Festigung der Zustände in Europa ist die Idee des Garantiepaktes erwachsen, der das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland durch Verständigung dauernd friedlich gestalten soll. Und in seiner jüngsten Rede über den Garantiepakt hat der britische Außenminister Chamberlain sehr vernehmbar angedeutet, daß der Pakt nicht auch das Anschlußverbot in sich schließen müsse. Es ist gewiß, daß sich im Zuge der Verhandlungen über den Garantiepakt das Schicksal Oesterreichs und damit das Schicksal der großdeutschen Frage entscheidet.

Deutschland wird nun das wahre Entschieden bestehen, das die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes bei der Nachricht von der Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten ergriffen hat. Oesterreich in seiner Ohnmacht weiß, daß der Anschluß nicht im Wege der Gewalt, sondern nur im Wege der Verständigung möglich ist. Behauptet in Frankreich die demokratisch-sozialistische Linke die Macht und gewinnt sie die Ueberzeugung, daß auch in Deutschland die Demokratie obliegen wird und endgültig und auf immer dem Revanchegedanken entsagt, dann wird Frankreich den Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht mehr als Bedrohung empfinden. Der Sieg der Demokratie in Deutschland, die Machtbehauptung und die Machtvermehrung der Demokratie in Frankreich: sie sind die Voraussetzungen dafür, daß die Schranken zwischen Deutschland und Oesterreich fallen. Aber der Sieg Hindenburgs würde von Frankreich wie dem ganzen Ausland mit Recht als eine Herausforderung

der Demokratie Europas und des Friedens der Welt empfunden werden, als ein Sieg des Monarchismus über die Republik, der militäristischen Reaktion über den kulturellen Fortschritt, der Idee des Revanchekrieges über die Idee der friedlichen Verständigung. In Frankreich hat das Ministerium Painlevé-Caillaux die Macht ergriffen; die Vergangenheit dieser beiden Männer ist Bürgschaft für den Willen Frankreichs für eine friedliche Verständigung mit Deutschland. Der Sieg Hindenburgs würde aber als die schwerste Provokation des Verständigungswillens Frankreichs empfunden werden. Auf's neue würden die nationalistischen Leidenschaften in Frankreich aufflammen, und selbst die französische Demokratie käme zur Ueberzeugung, daß die Sache des deutschen Volkes, das sich der Führung eines Hindenburgs anvertraut, verloren sei. Dann wäre in Frankreich ein Wort für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland nicht mehr möglich. Denn Frankreich würde dann den Versuch der Einverleibung Oesterreichs in ein Hindenburg-Deutschland als einen Akt des Imperialismus werten, als einen Versuch, die Zahl der Gewehre, die sich einmal gegen Frankreich richten sollen, die Stützquellen eines neuerlichen Krieges gegen die französische Nation, den der Sieg Hindenburgs ankündigen würde, zu vermehren. Die jener Versuch aber wird Frankreich seinen unbeugbaren Widerstand entgegen setzen.

Aber ein Sieg Hindenburgs würde auch in Oesterreich den Anschlußwillen tödlich lähmen. Oesterreichs Volk, die Arbeiter und die Bauern, die allein Bedeutung in unserem Staate besitzen, ist demokratisch und republikanisch bis zum letzten Bürger. Oesterreich erstrebt den Anschluß an die deutsche Republik, um für ewige Zeiten dem Versuch einer habsburgischen Restauration zu entgehen, um für ewige Zeiten seine eigene Republik zu behaupten. Aber so entschlossen die Oesterreicher sind, sich der Wiederkehr der Habsburger zu erwehren, so wenig sind sie geneigt, ihre republikanischen Freiheiten durch eine Wiederkehr der Hohenzollern zu gefährden. Den Sieg Hindenburgs empfindet aber das deutschösterreichische Volk mit Recht als den ersten entscheidenden Schritt zur Wiederaufrichtung des Hohenzollern-

regimes. Den Anschluß an ein Hohenzollern-Deutschland lehnt aber die österreichische Republik entschieden ab. Darum bleibt für Oesterreich auch der Anschluß an ein Hindenburg-Deutschland außer jeder Erwägung.

Oesterreich erstrebt den Anschluß. Aber der Anschluß darf unser friedvolles Volk nicht neuen Kriegsgefahren aussetzen. Die Oesterreicher, die die Leiden des Weltkrieges nicht vergessen, wünschen niemals mehr wieder Krieg. Darum werden sie sich mit derselben Leidenschaft, mit der sie noch heute den Anschluß an das Deutschland des Friedens erstreben, dem Anschluß an ein Deutschland des Revanchekrieges widersetzen. Die Oesterreicher sind des Krieges satt; sie sind darum entschlossen, lieber dauernd kulturelle Vereinjamung und wirtschaftliche Not zu ertragen, als sich und ihre Kinder neuen Kriegsgefahren preiszugeben. Darum gibt es für Oesterreich einen Anschluß an ein Hindenburg-Deutschland der Revanche nicht.

Die sogenannten nationalen Parteien Deutschlands haben Hindenburg zum deutschen Reichspräsidenten kandidiert. Sie haben damit der Idee der nationalen Einigung des deutschen Volkes den schwersten Schlag zugefügt. Die Wahl aber steht beim deutschen Volke; es hat zu wählen zwischen Hindenburg und dem sechseinhalbmillionenköpfigen deutschösterreichischen Volkstamm der deutschen Nation; es hat zu wählen zwischen der Wiederkehr der drei Duzend herrlicher Städte rings um das wunderbare Wien zum großen Deutschen Reiche; es hat zu wählen zwischen der Bestätigung deutscher Freiheit und dem unbegrenzlichen deutschen Alpenland. Das ist die wahrhaft nationale Wahl, vor die das deutsche Volk am 26. April gestellt ist. Und nun entscheide es sich! Nun wähle es gut!

Höfle in den Tod getrieben.

Der frühere Reichspostminister und Zentrumsgesandte Dr. Höfle ist am Montag nachmittag um 4 Uhr im Hedwigs-Krankenhaus zu Berlin verstorben.

Die Rechtsparteien haben es so gewollt! Höfle ist ein Opfer ihrer Gese, die sie monatelang gegen den Verstorbenen mit Unterstützung des jugendlichen Assessors Ruffmann als Staatsanwalt betrieben haben. Der frühere Zentrumsgesandte und Reichspostminister Höfle wurde insbesondere von der deutschen nationalen Presse wochenlang der Beamtenbestechung bezichtigt. Er verzichtete schließlich auf sein Amt und legte unter dem Druck seiner Partei das Mandat nieder. Schon nach zwei Tagen nahm sich der Staatsanwalt Ruffmann seiner an, ließ ihn verhaften und trotz seines schwächlichen Gesundheitszustandes bis zum letzten Augenblicke hinter Kerkermauern schmachten. Drei Wochen hat Höfle im Gefängnis verbracht, ohne daß ihm bis auf den heutigen Tag etwas nachgewiesen worden wäre. Er sinkt ins Grab, bevor ihm Gelegenheit gegeben war, sich vor der deutschen Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Das ist ihm in seinem Leben verwehrt worden.

Mit dem Tode Höfles ist der Fall Höfle nicht erledigt; er wird jetzt zu einem Fall Ruffmann. Diesem Herrn war der Gesundheitszustand des Verstorbenen bis in alle Einzelheiten bekannt, und trotzdem hat er sich bis zum letzten Augenblicke gegen die Ueberführung Höfles in ein Krankenhaus gewandt. Er handelte so ohne irgendwelche schwerwiegende Begründung seines Verhaltens. Das traurige aber ist, daß ihm diese Handlungsweise gestattet war, obwohl das preußische Justizministerium seit Wochen weiß, wer Ruffmann ist und welche Zwecke er mit seiner Aktion gegen Höfle verfolgte.

Jetzt ist es an der Zeit, nicht nur von der preussischen Staatsanwaltschaft, sondern vor allem von dem preussischen Justizministerium endlich Klarheit darüber zu verlangen, was sich seit Monaten in Moabit hinter den Kulissen abspielt. Gegen Barma ist bis auf den heutigen Tag ebenjowenig schwerwiegende Beschuldigungen erhoben worden wie gegen Höfle, und trotzdem sitzt auch er seit drei Monaten hinter Gefängnismauern. Ist die preussische Justiz dazu da, Menschen in der Untersuchungshaft verjammern zu lassen oder ist es ihre Aufgabe, nach dem Recht zu forschen und dann das Urteil zu sprechen? Der Tod von Höfle ist geradezu ein Mahnruf an die deutsche Öffentlichkeit und vor allen Dingen an den preussischen Landtag und Reichstag.

Der frühere Reichspostminister Höfle sinkt ins Grab, vielleicht oder gar wahrscheinlich ohne sich jemals



Hermann Müller-Franken

Am 26. März blieb Jarres auf der Straße. Am 26. April gilt's, den Sieg der Republikaner zu vollenden. Deutschland kann keine Generalsaffade brauchen. Deshalb müssen alle Republikaner für den republikanischen Einigungskandidaten Marx eintreten. Hermann Müller-Franken, M. d. R.

Schuld bewußt gewesen zu sein. Möge sein Tod wenigstens dazu führen, daß jetzt über das ganze, in Noabit herrschende Schlimm von der deutschen Öffentlichkeit Klarheit geschafft wird!

Die Berliner Presse, soweit sie nicht zur Verleumdung selbst gehört, rechnet derb mit der Gesellschaft ab, die den politischen Gegner in den Tod hetzt. So schreibt der „Vorwärts“ u. a.:

Trotzdem gegen Höfle ganz gewiß kein Fluchverdict vorlag und eine Verurteilungsfähigkeit seit langem vollständig ausgeschlossen war, hat die Staatsanwaltschaft es über sich gebracht, den auf den Tod Erkrankten bis wenige Stunden vor seinem Ableben in Haft zu behalten. Ihr Verfahren ist nur ein Glied in der Kette des öffentlichen Schandals, den das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in den sogenannten Korruptionsaffären überhaupt darstellt.

Höfle ist von den Ständemachern zu Tode gehetzt. Er ist dieser Hege zum Opfer gefallen, trotzdem niemand von den Eingeweihten mehr glaubt, daß er sich tatsächlich einer passiven Bestechung schuldig gemacht hat. Er fiel als Opfer einer Kampagne, die nicht die Reinheit des öffentlichen Lebens, sondern seine Vergiftung zum Ziele hat. Er war wie andre in diesem Treiben für die eigentlichen Inspiratoren nur eine nebensächliche Figur. Mit den Angriffen gegen ihn und andre, mit der heuchlerischen Behauptung, das öffentliche Leben von Korruptionserscheinungen reinigen zu müssen, sollte in Wirklichkeit nur die moderne Demokratie, die Selbstverwaltung des Volkes getroffen werden. Schwärzliche Kampfe gegen Einzelpersönlichkeiten, schematische Verleumdungskampagne und bewußte

Ausnutzung der Justiz zu politischen Zwecken waren und sind noch heute die Mittel dieses widerlichen Treibens.

Ungeachtet des Todes Höfles kann sich niemand der Tragik dieses Falles entziehen, und wenn selbst der verstorbenen Minister im einzelnen unvorsichtig gehandelt haben sollte, so bleibt doch als Tatsache bestehen: er fiel als das Opfer einer niedrigen Hege. Erbärmlich die Kreaturen, die Steine auf ihn warfen, um ihre dunkeln Ziele zu erreichen. Die Verleumder sollen sich nicht täuschen: die Stunde der Abrechnung, auch mit ihnen, wird kommen. Sie wird gründlich sein!

Eine Berliner Lokalcorrespondenz erklärt zu dem Tode des ehemaligen Reichspostministers Höfle folgendes:

Das Schicksal des Dr. Höfle ist um so beklamerender, als die jetzt abgeschlossene Voruntersuchung ergeben hat, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zum allergrößten Teile nicht aufrechterhalten werden können. Die Verteidiger Höfles hatten wiederholt bei dem Untersuchungsrichter den Antrag gestellt, den jetzt Verstorbenen aus der Haft zu entlassen, da nach dem Gange der Untersuchung von schweren Verfehlungen, wie man sie ursprünglich angenommen hatte, keine Rede mehr sein konnte und da Fluchtverdacht sowie Verdunklungsfähigkeit nicht mehr möglich erschien.

Am letzten Sonntag wurde Höfle in der Charité eingehend untersucht. Auf dem Transport hatte er sich eine schwere Erkältung zugezogen. Am Sonntag morgen verschlimmerte sich sein Zustand. Der Kranke klagte über Stiche im Rücken und hatte schon hohe Temperatur, als der Gefängnisarzt eine ausgedehnte Lungenentzündung feststellte.

In der Nacht wurde die Gattin des Kranken davon unterrichtet, daß der Zustand Dr. Höfles zu schwerer Befürchtung Anlaß gebe. Auf Wunsch der Gattin und unter Befürwortung des Gefängnisarztes wurde der Kranke in das Hedwig-Krankenhaus gebracht. Diese Maßnahme hatte aber keinen Erfolg mehr; denn Dr. Höfle wurde schon sterbend in das Krankenhaus eingeliefert.

Die „Germania“, das Zentralorgan des Zentrums, sagt zu dem Tode des früheren Zentrumsabgeordneten Höfle:

Der Fall Höfle ist ein Ständel erster Ordnung,

der mit dem tragischen Tode des früheren Ministers nicht seinen Abschluss gefunden hat. In weiten Kreisen des deutschen Volkes verurteilt man die Staatsanwaltschaft einfach nicht mehr. Wir fragen: Aus welchem Grunde wurde Dr. Höfle so lange der Haft anverwahrt, bis er als Leiche auf der Bahre lag? Ist es richtig, daß Höfle nur deshalb nicht aus der Haft entlassen wurde, weil man dann auch Barma hätte entlassen müssen

und der ganze Barma-Skandal schmerzhaft in nichts zusammengebrochen wäre?

Ueber diese Dinge wird sich die Öffentlichkeit nicht beruhigen, bis sie klar sieht. Mit haben Anspruch darauf, zu erfahren, ob Dr. Höfle, der ehemalige Minister und Zentrumsabgeordnete, der Verbrüderter gewesen ist, als der er wochenlang durch die gegnerische Presse geschleift wurde.

Höfle ist ein Opfer der Barmahege geworden, ein Opfer jener „Reinheitskammer“, die in ihrem Kampfe gegen die Korruption selbst die korrupten Waffen nicht verschmäht und die jetzt den Erfolg für sich buchen können, einen unschuldigen Mann in den Tod zu gehen zu haben.

Auch die übrige republikanische Presse fordert entschieden Aufklärung über den in Noabit herrschenden Ständel. Es geht nicht an, daß er fortgesetzt wird, bis noch mehr zu Tode Gehegte auf der Bahre liegen. Es wird aber auch auf die Dauer unerträglich, daß die republikanische Justiz durch unverständliche Maßnahmen freiwillig oder unfreiwillig die Verleumderhande unterstützt, die schon einen Friedrich Ebert in den Tod gesetzt hat und dauernd nach neuen Opfern aus ist. Dred soll lebenbleiben, damit schmutzige politische Geschäfte gemacht werden können.

Goffen wir, daß der tragische Tod Höfles endlich einmal die ständige Verleumderlust in Deutschland reinigt, und daß er vor allem dazu führt, daß Schmutziane die Justiz nicht für ihr schändliches Geschäft mißbrauchen können.

Recht, nicht Rache!

Ein politischer Prozeß unter Juristen, dessen scharfes Urteil damals berechtigtes Aufsehen erregt hatte, fand am Montag vor der ersten Strafkammer Berlins die dringend notwendige Berichtigung. Das Urteil, das die Magdeburger Richter, an der Spitze Landgerichtsdirektor Beyerndorff, im Prozeß gegen den völkischen Ebert-Verleumder Rothardt gefällt hatten, war seinerzeit von Landgerichtsdirektor Dr. Kroner, dem Vorsitzenden des Republikanischen Richterbundes, in der Presse einer zwar scharfen, aber treffenden Kritik unterzogen worden. Die angegriffenen Magdeburger Richter hatten die Verleumdungsklage angestrengt und ein Berliner Schöffengericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrat Hilsdorf brachte es fertig, Kroner zu der ungeheuer hohen Strafe von 3000 Mark zu verurteilen.

Dieses Urteil war, ähnlich wie das Magdeburger, nur aus der GeistesEinstellung des Vorsitzenden zu erklären. Der Beklagte Kroner hatte ihn als befangen abgelehnt, weil ihm bekannt geworden war, daß Hilsdorf vor Beginn des Prozesses Dritten gegenüber für Kroner eine Gefängnisstrafe von 3 bis 6 Monaten in Aussicht gestellt hatte. Die letzte Verurteilung verurteilte sich in der Hauptsache darauf, daß die beantragte Ablehnung des Vorsitzenden Hilsdorf seinerzeit verworfen worden war. Den klagenden Richtern in Magdeburg war das Strafmaß allerdings noch nicht hoch genug, auch sie hatten Verurteilung angelegt.

Von dem Verteidiger Kroners, dem Rechtsanwalt Otto Landsberg, erfuhr man in der jetzigen Verhandlung, daß der Vorsitzende der ersten Instanz nicht nur Richtern, sondern auch einem Verwaltungsbeamten, einem Regierungsrat, gegenüber vorher bereits in einer derart schroffen Weise über das Urteil, das er gegen Kroner fällen werde, gesprochen hatte. Der Regierungsrat fühlte sich veranlaßt, die Neußerung Hilsdorffs mit dem Bemerkten weiterzugeben, daß es geradezu erschreckend sei, wie ein solch voreingenommenener Richter die Existenz eines Beamten wie Kroner vernichtete, der aus reinem Idealismus gekämpft habe. Das Verurteilungsgericht sah sich infolgedessen gezwungen, dem Antrag des Beklagten stattzugeben und die Verleumdungsklage an die erste Instanz zurückzuverweisen.

Die Verleumdungsklage der Magdeburger Richter gegen Landgerichtsdirektor Kroner wird also in absehbarer Zeit wieder ein Schöffengericht beschäftigen.

Die Kölner Anleihe gefährdet.

Die Börse, dieser nervös reagierende Wirtschaftsa- und Spekulationsbarometer, ist schon seit Tagen durchzittert von höchster Aufregung. Auf der ganzen Linie sind die Anleiheverhandlungen ins Stocken geraten. Eine allgemeine „Abschwächung“ ist eingetreten, die Belegung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktes, die seit März verheißungsvoll eingesetzt hat, sich aufgehoben worden. Zwei Beispiele:

„Berliner Tageblatt“, 17. April (Börsebericht): Vertimmend wirkte allgemein die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus, in der er Ausführungen über die Notwendigkeit eines höheren Reichsbankdiskonts und höherer Privatdiskonts als im Auslande betonte. Auch die sonstigen Ausführungen, besonders die Betonung der Schwierigkeit der Abbedingung der Auslandskredite, wurde außerordentlich lebhaft besprochen und wirkte nachteilig auf die Börse ein. Singu kommt noch, daß nach der Rede Dr. Neuhaus' ein starkes Nachlassen der Kreditgewährung seitens der kapitalträchtigen Länder an die deutsche Wirtschaft zu verspüren ist, fernher die Meldung, daß sämtliche deutschen Anleiheverhandlungen in NeuYork infolge der Kandidatur Hindenburgs zum Stillstand gekommen sind. Die Banken haben zwar etwas Material, das an den Markt gelangte, aufgenommen, dies genügt jedoch nicht, um Kurserückgänge zu vermeiden.

„Frankfurter Zeitung“, 17. April (Börsebericht): Das preisdrückende Angebot hielt heute an, der Pessimismus der Börse war keineswegs überwunden. Der Geldbedarf für die Steuertermine, die ungünstigen Berichte vom Eisenmarkt, die erneut niedriger amerikanischen Getreidepreise und die Verurteilung über die Kandidatur Hindenburgs — alles trug auch heute dazu bei, um das Kursniveau bei sehr eingeschränktem Geschäftsverkehr ungünstig zu beeinflussen.

Besonders hat getroffen ist die Stadt Köln, deren Anleiheverhandlungen mit Amerika in Gefahr gebracht sind. Die „Rheinische Zeitung“ meldet darüber:

Seit einiger Zeit steht die Stadt Köln mit einem Konjunktium amerikanischer Finanzleute in Unterhandlungen wegen einer Anleihe, die für wichtige Aufgaben der städtischen Entwicklung unbedingt erforderlich ist. Bis in die vorige Woche verliefen die Verhandlungen zufriedenstellend. Die Kandidatur Hindenburgs, die in der ganzen Welt das Vertrauen in die ruhige Entwicklung Deutschlands und in die Stabilität unserer Währung erschüttert, hat auch diese Anleiheverhandlungen ins Stocken und in die unheilvollere Gefahr des Scheiterns gebracht. Kabeltelegramme der amerikanischen Finanzleute nach Köln lassen über den Ernst der Lage und über die Ursache keinen Zweifel. Die Kandidatur Hindenburgs ist jetzt schon eine schwere Schädigung der Stadt Köln.

Wir erklären ausdrücklich, daß keinerlei aus irgendwelchen Gründen etwa erfolgende Ablehnung die Nichtigkeit dieser Anleihe erschüttern kann. Wir berichten Tatsachen.

Durch Deutschland tönt die Marmglocke. Es ist kein Zweifel mehr: wir stehen wieder einmal am Rande schwerer Erschütterungen der Wirtschaft und der Währung. Die obige Meldung aus Köln ist nur ein Beispiel. Aus dem Grabe steigen die Ungeheuer schwerer ökonomischer Zerrüttung, brutaler Geschäftemacherei und neuer Inflationgefährde bedrohlich hervor.

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

BIOX ZAHNPASTA die Sauerstoff-Zahnpasta macht die Zähne weiß, besorgt Zahnstein und üblen Mundgeruch, wirkt antiseptisch erfrischend.

Kleines Feuilleton.

Suarez und Maximilian.

Immer deutlicher merkt man, daß der Expressionismus auf der ganzen Linie zum Rückzug bläst. Die Malerei verliert sich: Futuristen und Suprematisten verfügen sich aufs Aeußerste. In der Kunst jüngerer die höchsten Stürme und Dränger an, ein Unbewußt etwas, Fragen zu jahren. Und in der Literatur? Alles führt sich auf die noch geizig in Grund und Boden verfallene und verfallene Epik. George Kaiser behandelt eine Episode aus dem Leben Alfred de Mussets und der George Sand, Gertrude bringt einen verfallenen Diderot neu auf, beabsichtigt, als wäre er ein neuer Schiller, die Frau von der Schand und jährt ein Oster-Wilde-Drama. Und nun kommt auch noch der Dichter des „Schweigers“ mit einer Haupt- und Charakterdarstellung, fast wie sein so ganz anders gearteter Kollege Emil Ludwig, der Dramatiker. „Sein, sein, was hast du li herüber!“

Der Redakteur des mit Recht so ungeliebten „Anfangs“ meint zwar: Dieses Drama bedeutet die Lösung Mephistos vom Subjektiv-Magischen und den Übergang zum Objektiv-Historischen. Darüber hinaus darf man es als einen Baustein zum neuen Drama ansehen. Aber wir erlauben uns trotzdem die Auskunft, daß der „subjektiv-magische“ Mephisto fürter und spärlicher gewesen ist als der „objektiv-historische“ und daß wir in Bezug auf „Schweiger“ etwas feststellen. Der Vergleich mit Bernard Shaw paßt nicht herüber. Der Dichter der „Heiligen Johanna“ kommt nicht auf dem Wege über den Expressionismus zum Geschichtsdrama, sondern wird durch seine ungeschickliche Weltanschauung geradezu dazu gezwungen. Das ist ein Merkmal aus der Geschichte, ist es nur aus der des Altertums, des Mittelalters oder der Neuzeit, was es sich um Napoleon Bonaparte, um Jeanne d'Arc oder um Wotan handelt, nur der Stoff zur Veranschaulichung seiner Lehren, die von Aeschylus, Euripides, dem antiken Sophokles der Auffassung und Rediger einer neuen Humanität viel übernommen hat. Shaw nicht, obwohl wie Shaw und Schiller, die menschliche Gesellschaft in ein neues Licht, in eine ganz unübersehbar, ungeschickliche, aber auch ungeschickliche Beleuchtung.

Das ist ein Merkmal aus der Geschichte, ist es nur aus der des Altertums, des Mittelalters oder der Neuzeit, was es sich um Napoleon Bonaparte, um Jeanne d'Arc oder um Wotan handelt, nur der Stoff zur Veranschaulichung seiner Lehren, die von Aeschylus, Euripides, dem antiken Sophokles der Auffassung und Rediger einer neuen Humanität viel übernommen hat. Shaw nicht, obwohl wie Shaw und Schiller, die menschliche Gesellschaft in ein neues Licht, in eine ganz unübersehbar, ungeschickliche, aber auch ungeschickliche Beleuchtung.

der Seemann, der Reibeherrscher, der Parlamentarier seit dem Mittelalter, so viel scharfer und barockloser in die Gesellschaft blüht als der politisch fast bis auf diesen Tag gehemmte und beherrschte Mittelalter. Der scharfe Fels, der Mephisto begehrt, ist, daß er nicht objektiv sein kann. Er ist in seinen Maximilian verliebt, deswegen macht er aus einem für die Politik unbrauchbaren Strafenhelden, einem liberal angefrähten Gottesgadenträger, der beständig zwischen Absolutismus und Kleinstbürgertum hin und her pendelt, einen lebenswerten Menschen. In jedem Akt wird nebenunabhängigmal verachtet, Maximilian sei gut, rein und edel. Aber das kriegt man bald satt. Man verlangt nach Gestaltung dieser Bielsingsfigur, und bekommt doch nur eine Rationelle vorgelegt.

Es ist ein großes Risiko mit dem historischen Drama verknüpft. Stärkere als Mephisto, vor allem im Bühnentechnischen, sind an ihrer Aufgabe gescheitert. Man braucht nicht an Schiller zu denken, der die Geschichte der Roccia stark in eine saubere Epochenverteilung verwandelt und genau wie bei der „Jungfrau von Orleans“ alles weggeschrieb oder umgehoben hat, was an der Geschichte psychologisch interessant war. Ganz so ungeschickt und hinterwäldlerisch verfuhr ja der moderne Dramatiker nicht. Mit einer Tragik, die aus dem Zusammenstoß eines Engels mit dem Teufel besteht, beginnt er sich nicht mehr. Suarez, der Präsident der Republik Mexiko, ist nicht der leidenschaftliche Weise, der dem ganzen Erzherzog Max von Oesterreich den Untergang geschworen hat, sondern die Verkörperung der legitimen Macht des Landes, der Volksträfte, des Volkswillens. Der Erzherzog selber ist nicht weiter als ein Spielball in den Händen Napoleons 3., der seine Stellung als Kaiser der Franzosen durch Weltmachtpolitik zu befestigen suchte und im Jahre 1865 den Habsburger zum Kaiser von Mexiko ausruft ließ. Dieser Maximilian, begierig danach, irgendein Volk „herrlichen Zeiten entgegenzuführen“, fiel auf den Scheitelpunkt herein. Aber von allem Anfang an ließ er auf Widerstand, bei den Republikanern als aufständischer Roman, bei den konservativen Kreisen mit seinen liberalen Volkseigenschaften namentlich aber Sabianerbestimmungen. Den Konventionen fände er nicht beistehend, sagt er in seiner Prozedur, aber für die moralische und geistige Hebung der armen unterdrückten Indianer wolle er Sorge tragen. Das ist freilich edel. Den französischen Eisenreißern, allen voran dem Marshall Bazaine — der später Reich verloren hat —, ist er viel zu milde und nachgiebig. Als er schließlich in ein von ihnen angelegenes Dörflein willigt, das die Revolution in Mexiko erlösen soll, da kommt die Energie zu spät, aber noch früh genug, um ihn beim mexikanischen Volk wieder herauf zu machen. Die Franzosen sehen, daß nichts mit diesem Gottesgadenhelden anfangen ist, und rufen ab. Er aber fällt in die Hände der Revolutionäre und wird erschossen.

Man ist damals über den Fall mit einem bedauernden Mangel, ebenfalls sogar mit einem hässlichen Mangel an Verantwortung übergegangen. Ein unabhängiges Unterfangen des Dichters, diesen geschwungenen Katholiken, der nur bei der Hinrichtung Maximilian und seinen Gefolge getötet hat, als Roman zu

zum Helden eines langatmigen Theaterstücks zu machen. Mit diesem deklamierenden Jugendbald hat auch im Theater niemand Mitleid. Mit Mühe und Not entflieht er der Gabelschleife. Wenn es Mephisto eine Rettung zu tun war, so ist ihm das gründlich vorbeigelungen: die Figur ist nicht zu retten. Man beruhe sich nur ja nicht auf Shakespeare: wenn der einen Geschichtsausschnitt dramatisiert, dann greift er immer zu Gesellen, die im Höfen wie im Guten Königsmodelle waren — meist im Höfen — und den Zuschauer unauffällig in den Wirbel ihres übermenschlich großen Schicksals hineinrissen und auch heute noch hineinreißen. „Suarez und Maximilian“ dagegen ist daneben ein tragisches Mädelchen anstatt eines Stromes. Die dramatische Zeichnung ist zum Verzweifeln schlecht: lauter lose aneinandergereihte Bilder, von denen man getrost ein paar herausstreichen könnte — vieles ist ja schon ohnehin weggelassen worden. Zuweilen einmal, wie in der Szene des Erzherzogs im Rebellenslager oder in der des Porfirio Diaz, der sich als Kammerdiener bei dem fassungslosen Kaiser eingeschlichen hat und ihm die Bedingungen der „Vergabung“ diktiert, ein Anlauf zu einer Theaterwirkung; aber dann immer wieder das Mädelchen anstatt eines Stromes. Das ist ermüdende Schablone, genau so wie das Weglassen des Gegenpielers Suarez — nach Schopenhauer'schem Muster — genau und unnötig erscheint. Es wäre immerhin empfehlenswert gewesen, das Stück mit dem Todesgang Maximilians abzuschließen und die Szene hinterher, mit der wieder für Suarez als den Sieger Stimmung gemacht wird, wegzulassen. Was war ein edler Mensch — Suarez ist aber auch ein edler Mensch; was soll das?

Es läßt sich denken, daß die Bemühungen der Spielleitung von Adolf Winds um dieses Stück auf dünnen Boden fielen. Man hatte sich mit dem Darsteller der Titelrolle Mühe gegeben und einen Oesterreicher, Luz Kitzul, aus Wien kommen lassen — wegen des Dialekts wäre das nicht nötig gewesen, denn der Kaiser spricht Hochdeutsch. Höchstens für den Korporal wäre das angebracht gewesen, der sich vergeblich abraderte, um sein Schicksal in Wienerisch umzumodeln. Der Gast scheint übrigens ein durchaus tüchtiger, ernsthafter Künstler zu sein, schlicht und maßvoll. Unsere heimischen Zogen sich mehr schlecht als recht aus der Affäre mit Ausnahme von Günter v. Söhlern, dem Erzherzog, und R. A. Schulze, dem Rebellengeneral, und F. A. Gros als Reichsrat verdient Anerkennung. Schön und haareterte und Buddi nastele und Güthe lipelte. Die Damen Profer und Beyerndorff waren zu ganz belanglosen Rollen besetzt. Herr Schmidt konnte in den vielen schwarzen Zuschauern den Ausgang nicht finden, was nicht gerade stimungsfördernd wirkte. Im übrigen gab es immer wieder schmale Reile Treppen wie Bühnenleitern und schwarze Vorhänge, die von Säulen mühsam gestützt werden mußten. Die Aufführung wirkte reichlich improviert; es scheint wieder einmal an Proben gefehlt zu haben.

Also auch mit dieser „reichsdeutschen Uraufführung“ dürfte Herr Bogeler nicht ins Schwarze getroffen haben.

Weitervernehmung Julius Barmats

Die Vernehmung Julius Barmats durch den Untersuchungsausschuss des Reichstags wurde am Sonnabend im großen Schwurgerichtssaal in Berlin-Moabit fortgesetzt. Einen breiten Raum nahm dabei das schon mehrfach erwähnte Milchgeschäft ein, wobei die verschiedene Größe der Dosen eine Rolle spielt. Die Aussagen Barmats stehen in schroffem Gegensatz zu den Behauptungen des Zeugen Kommel, der damals Vertreter der Reichsfettstelle in Holland war.

Barmat erklärt, daß, als damals über den Inhalt der Dosen eine Differenz ausbrach, schließlich eine Einigung dahin erfolgt sei, daß die Berliner Reichsfettstelle entscheiden solle. Aus dem Akt ist nicht festzustellen, welcher Beamte der Reichsfettstelle den an sich unzulässigen Vertrag abgeschlossen hat. Barmat selbst versichert, bei dem Vertragsabschluss selbst nicht persönlich beteiligt gewesen zu sein.

Auf eine Frage des Abgeordneten Rosenbergs (Komm.) erklärt Barmat, daß er bei seinen Lieferfirmen die größeren Dosen bestellt und auch bezahlt habe. Wenn man ihm die Verträge, die noch bei den Akten sind, aushändige, könnte er das sofort nachweisen. Diese Originalverträge mit Barmats Lieferfirmen hätten seitdem dem Reichsernährungsminister Hermes vorgelegen.

Abg. Spahn (Str.): Hat dieses Milchgeschäft in der Voruntersuchung gegen Sie eine Rolle gespielt? Barmat: Das weiß ich nicht. Das Verfahren wird in so geheimnisvoller Weise geführt, daß ich überhaupt

nicht weiß, wessen man mich anklagt. Erst am 14. April ist mir zum ersten Male Einblick in die Akten gestattet worden. Mir ist das Milchgeschäft bisher vom Untersuchungsrichter nicht borgehalten worden.

Abg. Spahn (Str.): Weshalb wird denn jetzt die Untersuchung gegen Sie geführt?

Barmat: Die Sache hing damit an, daß wir mit Futister gemeinsame Schiebungen gemacht haben sollten. Sehr bald wurde diese Anklage fallen gelassen. Ich wurde beschuldigt, Kreditbetrug und Beamtenbestechung betrieben zu haben. Dann wurde festgestellt, daß dieser dringende Verdacht nicht mehr bestehe. Aber ein Verdacht bestehe noch bezüglich des Ministers Hofle. Genau weiß ich noch immer nicht, was mir vorgeworfen wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärt Barmat, daß sich die angeführten großen holländischen Dosenfabriken niemals auf solche Manipulationen eingelassen haben würden, wie sie der Zeuge Kommel Barmat unterstellt.

Zeuge Kommel wiederholt dann seine Aussagen über die damals ausgefertigten Liefercheine. Barmat stellt Kommel's Darstellung als durchaus richtig hin. Es habe sich um Dispositionsscheine gehandelt, die von der Reichsfettstelle entworfen worden waren. Der Zeuge Kommel muß bestätigen, daß die Darstellung Barmats richtig ist.

Leichtfertige Anschuldigungen.

Die ganze Leichtfertigkeit, mit dem Kommel seine Behauptungen vor dem Ausschuss vorgetragen hat, kam dann plötzlich in einer Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Aufhäuser (Soz.) zutage.

Abg. Aufhäuser (Soz.): Der Kernpunkt der ganzen Frage ist, ob tatsächlich bei den Geschäften Barmat dem Reich Kredit gegeben hat, oder das Reich Barmat. Herr Kommel hat bestimmt behauptet, daß Barmat eigentlich seine Ware mit dem Kredit des Reiches eingekauft habe, indem er nämlich noch vor der Lieferung die Depotcheine des Reiches diskontierte und damit die Ware einkaufte. Auf welche Tatsachen stützt sich diese Behauptung?

Kommel: Ich habe aus zahlreichen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß Barmat mit der Zinasso-Want ein Abkommen hat, wonach diese ihm für die Dispositionsscheine oder Depotcheine Gulden zur Verfügung stellte. Diesen Eindruck mußte ich gewinnen, weil Barmat bei meinem Protest sagte, dieser Fall habe ihm unendliche Schwierigkeiten bei der Zinasso-Want gemacht.

Abg. Aufhäuser: Es kann sich bei dieser Frage nicht um Eindrücke handeln, sondern Sie haben bei der ersten Vernehmung ganz konkret gesagt, daß Barmat durch die Diskontierung der Depotcheine das Geld für seine Wareneinkäufe bekam. Sie müssen doch dafür Tatsachen angeben können.

Kommel: Es ist ja immer ein großer Unterschied zwischen bestem Wissen und Beweisen können.

Vorj. Saenger: Sie können nur etwas sagen, was Ihrer Überzeugung entspricht. Es kommt aber immer darauf an, ob Sie etwas von andern hören, oder ob Sie selbst etwas erlebt haben. In diesem Falle wäre es für den Ausschuss entscheidend, ob Sie persönlich einmal einen solchen Fall der Diskontierung erlebt haben.

Kommel: Das ist gänzlich ausgeschlossen.

Vorj.: Was wissen Sie von andern darüber?

Kommel: Auch nichts. Das ist ein Eindruck, den ich aus den verschiedenen Umständen gehabt habe.

Abg. Aufhäuser: Es ist aber

als Tatsache angegeben worden,

daß Barmat diese Dispositionsscheine tatsächlich diskontiert hat.

Kommel: Das ist eine Überzeugung, die ich gehabt habe, für die ich aber keinen tatsächlichen Beweis erbringen kann.

Barmat erklärt, es sei ganz ausgeschlossen, daß er diese Dispositionsscheine hätte sofort diskontieren können. Kein Holländer oder Amerikaner hätte in jener Zeit Guldenkredite gegeben für Dispositionsscheine auf Mark, die erst in sechs Monaten fällig waren. Barmat stellt anheim, den Direktor der Zinasso-Want zu laden, der gern befehlen werde, daß nicht einmal Verhandlungen in ähnlichem Sinne geschwehrt hätten.

Auf die Frage des Vorjehenden: Haben Ihnen Ihre politischen Beziehungen irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile bei Ihren Geschäften gebracht? erklärt Barmat: Nein, ich habe sogar die größten Schwierigkeiten gehabt.

Schließlich bekundet Barmat noch, daß er bis 1915 auch nach England und Australien Geschäfte gemacht habe, daß er dann aber auf die englische schwarze Liste gekommen sei wegen seiner Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Das Empfehlungsschreiben, das Herr v. Malchow im Jahre 1923 für Barmat ausgestellt habe, hätte etwa folgenden Wortlaut gehabt: „Ich empfehle eine Geschäftsführung mit Herrn Julius Barmat, der mir als geschäftiger reeller Kaufmann bekannt ist.“

Damit war die Vernehmung Barmats vorläufig abgeschlossen. Der Untersuchungsausschuss wird seine nächste Sitzung voraussichtlich erst in drei Wochen abhalten.

Der bayerische Kreditwindel.

Da die Kölner Besatzungsbehörde dem Antrag der Münchner Staatsanwaltschaft auf Auslieferung des Kommerzienrats Lehner stattgegeben hat, wurde Lehner ebenso wie Direktor Kühn von der Bayerischen Girozentrale nunmehr in das Münchner Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Das Auslieferungsverfahren gegen den in der Schweiz befindlichen und dort beschafften Geheimen Regierungsrat Douglas ist im Gange. Es zeigte sich, daß Direktor Kühn, trotzdem seine Verfehlungen seit Monaten bekannt sind, erst in den letzten Tagen seines Dienstes vorläufig entlassen und das Dienstausweiskartenverfahren gegen ihn eingeleitet worden ist.

Der Verwaltungsrat des Landesverbandes bayerischer Sparbanken hat sich am Sonntag über die Geschäftslage der Giro-

zentrale eingehend Bericht erstatten lassen. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die an den Lehnerkongress gewährten Kredite sich auf insgesamt 7 Millionen Mark bezifferten. Vorbehaltlich der im Gange befindlichen Prüfung durch die Süddeutsche Kreditbankgesellschaft betragen die zweifelhaften Kapitalforderungen an den Lehnerkongress 3,8 Millionen Mark und aus sonstigen Privatkreditgeschäften 2,5 Millionen Mark. Wie hoch sich die Verluste in Wirklichkeit belaufen, läßt sich bis heute noch nicht bestimmen, da die Abwicklung der Kredite noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die von der Stadt München bei der Girozentrale deponierten Gelder betragen nach Mitteilungen des Oberbürgermeisters alles in allem 27 Millionen Mark, die infolge Pfandungsübernahme durch die Reichs-Girozentrale nicht gefährdet erscheinen. Man rechnet lediglich mit einem Zinsverlust von etwa 100 000 Mark.

Hitler-Rach in Halle.

Adolf Hitler, der Putzkompanjon Lubendorfs und jetzt Wahlhelfer Hindenburgs, sollte am Sonnabend und Sonntag in Halle in vier öffentlichen Versammlungen reden. Er hat aber seine zur ersten Versammlung zahlreich herbeigeströmten Freunde bitter enttäuscht. Die preußischen Behörden waren auf dem Posten und hatten in München die notwendige Fühlung genommen, wo man den Hakenkreuzführer scheinbar in sehr unzweideutiger Weise auf die eventuellen Folgen seines politischen Auftretens außerhalb der bairischen Grenze als lästiger Ausländer aufmerksam machte. Der hiesige Versammlungsleiter teilte deshalb der enttäuschten Menge am Sonnabend mit, daß Hitler aus polizeitechnischen Gründen am Erscheinen verhindert sei. Darob große Empörung. Die Versammelten verlangten ihr Geld zurück.

Die Versammlung selbst endete als Saufgelage bei Münchener Bier. Ein Zwischenfall hätte allerdings leicht zu blutigen Folgen führen können. Der Tambourmajor des Stahlhelms, ein berühmter Hallischer Novob, unternahm einen Revolberangriff auf Reichsbannertrameraden; er wurde jedoch zu Boden geschlagen, entwaffnet und der Schupo übergeben, die seine Weiterführung ins Polizeigewahrsam übernahm.

Blutige Rache in Bulgarien.

Der Schandstreich der Kathedralensprengung in Sofia hat der bulgarischen Reaktion Wasser auf die Mühlen geliefert, wie aus allen Meldungen hervorgeht. Die Polizei hat im Zusammenhang mit dem Attentat 500 kommunistische Bauern verhaftet. Ein Teil der Verhafteten wurde von der Menge gelynchet. Der Hauptmann Grotneff, der beschuldigt wurde, Explosivstoffe für die Kommunisten besorgt zu haben, hat Selbstmord verübt. Er hinterließ einen Brief, in dem er feststellte, daß die Kommunisten seine Frau ermordet haben, um den Verrat von Einzelheiten über den Attentatsplan zu verhindern. Inzwischen haben die auf Grund des Ausnahmezustandes eingesetzten Kriegsgerichte ihre Arbeit begonnen. Eine ganze Anzahl von Hinrichtungen ist bereits erfolgt.

Das ist der „revolutionäre Erfolg“ dieses Massenmordes, dem zwar eine ganze Reihe von reaktionären Politikern und Generalen, aber auch Hunderte von Unschuldigen zum Opfer gefallen sind. Winkow, der die Höllemaschine in der Kathedrale untergebracht hat, soll bei seiner Verhaftung Widerstand geleistet haben und erschossen worden sein. Die Kugeln sitzen ja locker, wenn die Reaktion bei der Rache ist. Das wissen aber die Kommunistenführer, und sorgen trotzdem durch Wahnsinnstaten für immer neue Opfer.

Die Urheber des Attentats sollen der erschossene Winkow und ein gewisser Janow sein. Beide sind Vorsitzende des kommunistischen Zentralkomitees in Sofia. Winkow war ehemaliger Pionieroffizier.

Die Folge des Attentats ist, wie die aller kommunistischen Blutaten, verstärkte Reaktion. Das entsetzte und aufgeschreckte Volk rückt ab von Elementen, die kaltblütig Hunderte in den Tod schieden. Da bekommt die Reaktion immer mehr Oberwasser, kann ihre Rache fühlen und nicht nur die kommunistische, sondern die gesamte freiheitliche Bewegung knebeln. Ein weiterer „revolutionärer Erfolg“ des Attentats ist die Bereitwilligkeit der Militärkommission beim Votschafferrat, Bulgarien über die im Friedensvertrag festgesetzte Heeresstärke weitere 10 000 Mann zu bewilligen. Kommunisten, lernt daraus, daß die Blut- und Putzschaktik nur der Reaktion zum Segen gereicht.

Die französische Außenpolitik.

Der Kabinettsrat hat am Montag die von Painlevé selbst entworfene Programmklärung, mit der das neue Ministerium sich am Donnerstag der Kammer und dem Senat vorstellen wird, einstimmig gutgeheißen. Der „Paris Soir“ will wissen, daß die Erklärung wesentlich länger ausgefallen sei, als ursprünglich beabsichtigt war. Ihr weitestgehender Teil sei der finanziellen Lage und dem Sicherheitsproblem gewidmet. Eine kurze Anspielung auf die Gesandtschaft beim Vatikan werde keinen Zweifel darüber lassen, daß das Ministerium Painlevé entschlossen ist, sich das von Gerriot angenommene Kommando in dieser Frage zu eigen zu machen. Ebenso werde das Kabinet die von General Molle ausgearbeiteten Pläne zur Umgestaltung der Armee und zur Herabsetzung der Dienstzeit annehmen. Die Regierungserklärung werde unabweislich zum Ausdruck bringen, daß die von der Wählerchaft am 11. Mai verlangte und vom Ministerium Gerriot bisher durchgeführte Politik sowohl im Innern wie nach außen wie bisher durchgeführt werde.

Die Auffassung, daß die französische Außenpolitik unter dem Ministerium Painlevé keine Änderung erfahren wird, findet am Montag in der außenpolitischen Wochenchau der „Information“ ihre volle Bestätigung. Das Blatt erinnert daran, daß es ursprünglich Painlevés Absicht gewesen sei, Gerriot als Außenminister beizubehalten. Das beweise, daß die Parteien, die das neue Kabinet bilden, die Fortführung der französischen Außenpolitik für unerlässlich halten. Briand, der lange geagert habe, in das Kabinet einzutreten, habe zweifellos seine Bedingungen gestellt. Im übrigen aber sei die Grundrichtung seiner Politik bereits durch seine eigene Vergangenheit eindeutig festgelegt.

Briands auffällige politische Eigenschaften seien seine Kaltblütigkeit, seine Besonnenheit und seine Verschämungsbereitschaft. Wenn er bei seiner letzten Kandidatur von „der Gond am Krager des Schuldners“ gesprochen habe oder in den Tagen, da es über Oberlesien zu einem neuen Kriege zu kommen drohte, zu Witten griff, die man in Berlin als dialektisch hinstellte, so sei das lediglich aus der Erfahrung heraus geschehen,

daß in solchen Momenten die Anwendung der Macht notwendig sein könne zur Aufrechterhaltung des Friedens. Dennoch sei Briand ein Anhänger realpolitischer Lösungen, der sich in keiner Weise auf irgendwelche vorgefertigten Meinungen und Formeln verleiße. Das Blatt erinnert daran, daß Briand es gewesen ist, der in Cannes zusammen mit Lloyd George die Grundlage für einen Garantievertrag schuf, der auch heute noch die einzig mögliche Lösung des Problems der Sicherung des Friedens darstelle. Briand habe nicht nur im Parlament mit größtem Nachdruck und ehrlicher Aufrichtigkeit die Außenpolitik Gerriots unterstützt, sondern er habe auch als Chef der französischen Delegation bei dem Völkerbund mitgewirkt.

Ueber die Kandidatur Hindenburg äußert die „Information“, daß die fast nach zu nennende Offenheit, mit der dieser in der vergangenen Woche einer Abordnung nationaler Verbände erklärt habe, er hoffe den Pariser Eingangsmarsch noch an den Ufern der Seine zu vernehmen, einen eigenartigen Kommentar zu der von dem Feldmarschall am Sonntag beteuerten Friedensbereitschaft bilde. Die deutsche Rechte bemühe sich vergebens, der Welt Sand in die Augen zu streuen. Diese wisse nunmehr genau, was sie von einem Wahlerfolg Hindenburgs zu halten hätte.

Die belgische Krise dauert an.

Van der Velde berichtete am Montag dem Generalrat (Parteiausschuss) der belgischen Arbeiterpartei über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung. Diese Verhandlungen sind gekennzeichnet durch die Weigerung der katholischen Demokraten, unabhängig von ihrer Gesamtpartei über die Regierungsbildung zu unterhandeln, andererseits durch die Bereitschaft der katholischen Gesamtpartei, mit den Sozialisten zu verhandeln.

Der Generalrat hatte die schwierige Frage zu entscheiden, ob die Arbeiterpartei die Verhandlungen mit der katholischen Gesamtpartei aufnehmen oder Van der Velde ersuchen soll, nach dem Scheitern seines ersten Versuchs, mit Hilfe einzelner Katholiken und liberaler Demokraten eine Regierungsmehrheit unter sozialistischer Führung zu bilden, seinen Auftrag dem König zurückzugeben. Nach eingehender Aussprache, an der viele hervorragende Parteiführer teilnahmen und die von der Einheitlichkeit der Auffassung im sozialistischen Lager zeugte, wurde beschlossen, den Parteivorstand zu beauftragen, eine Abordnung zur katholischen und liberalen Partei zu entsenden, um über die Möglichkeit weiterer Verhandlungen Klarheit zu schaffen und dann am Donnerstag dem Parteitag Bericht zu erstatten. Der Parteivorstand hat sofort am Nachmittag die Abordnung bestimmt.

Der Beschluß des Nationalrats bedeutet keineswegs eine Aenderung des früheren Beschlusses der Arbeiterpartei, sich nur an einer Regierung mit demokratischer Mehrheit zu beteiligen. Bei den bisherigen Verhandlungen war Van der Velde nicht als Bevollmächtigter des Königs, sondern der Sozialisten tätig.

Die Verhandlungsdelegation der Partei hat zunächst die Aufgabe, die Liberalen und Katholiken zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen. Die Abordnung wird den bürgerlichen Gesamtparteien nochmals Vorschläge machen, die Van der Velde ihren demokratischen Führern bereits gemacht hat. Erstens soll das sozialistische Wahlprogramm die Grundlage des Regierungsprogramms sein und zweitens sollen nur demokratische, keine konservativen Politiker der Regierung angehören. Außerdem verlangen die Sozialisten unbedingt den Ministerpräsidenten und das Ministerium für Unterricht und Arbeit. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die bürgerlichen Gesamtparteien diese Vorschläge ablehnen; es ist aber auch nicht unwahrscheinlich, daß bei längerer Fortdauer der Krise wieder darauf zurückgegriffen werden muß.

Notizen.

Es brüdeln bei den Kommunisten. Wie wir erfahren, hat der kommunistische Landtagsabgeordnete Gehdemann aus Ostpreußen seinen Austritt aus der kommunistischen Landtagsfraktion und gleichzeitig den Austritt aus der kommunistischen Partei vollzogen.

Der Verfassungstreit in Oldenburg. Der Staatsstreich der Oldenburger Rechtsregierung, die den Landtag, der ihr nicht zu Willen war, kurzerhand auflöste, statt zurückzutreten, wird gegenwärtig vor dem Staatsgerichtshof verhandelt. Am Sonnabend war die erste Sitzung. Das Gericht besteht aus drei Berufs- und drei Laienrichtern und dem Oberlandesgerichtsrat Lange als Vorsitzenden. Es wurde beschlossen, die Öffentlichkeit auszuschließen. Den Parteien wurde die Möglichkeit der mündlichen Vertretung gegeben. Die nächste Sitzung wurde auf Dienstag kommender Woche angesetzt.

Radiodienst der Volksstimme.

Separatistenführer ermordet.

s Köln, 21. April. In Döppach am Rhein wurde in einem Familientreit der bekannte Separatistenführer Lambert von seinem Bruder erschossen.

Die Not im Ruhrgebiet.

ci Bochum, 21. April. Die Abfertigung im Ruhrbergbau nimmt von Tag zu Tag bedrohlichere Formen an. Jeder Tag bringt neue Bergarbeiterkündigungen. Auf Zeche „Flux“ soll weit über tausend Mann gekündigt werden. Auf Zeche „Bonifacius“ wurden neuerdings 200 Mann entlassen. Weitere Arbeiterentlassungen wurden angekündigt auf Zeche „Erin“, wo einhundert Mann arbeitslos werden. Auf den beiden „Eintracht“-Zechen und auf Zeche „Frühliche Morgenröte“ sollen 40 Prozent der Belegschaft entlassen werden. Im Monat März wurden fast 650 000 Feiertagshütchen eingelegt, gegenüber 182 500 im Januar.

Depeschen.

Beging Hoeftle Selbstmord?

Ab. Berlin, 21. April. Infolge des Ablebens des früheren Reichspostministers Dr. Hoeftle soll sich, wie verlautet, der Untersuchungsrichter mit der Leitung des Schwurgerichtshauses, wo Hin Hoeftle kurz vor seinem Tod aus dem Gefängnislager entbracht worden war, in Verbindung gesetzt haben, um festzustellen, ob Hoeftle lediglich an den Folgen der Lungenentzündung gestorben ist oder ob möglicherweise noch andere Momente bei seinem Ableben mitgespielt haben. In einigen Kreisen, die sich als unterrichtet ausgeben, wird behauptet, daß Hoeftle, der in der letzten Zeit seiner Umgebung gegenüber Zeichen äußerster Niedergeschlagenheit erkennen ließ, am vergangenen Sonntag größere Sorgen Bernal und Alkohol zu sich genommen hat, um seinem Leben freiwillig ein Ende zu machen. Da Hoeftle ständig über Herzbeschwerden und Schlaflosigkeit klagte, hat er wahrscheinlich von den behandelnden Ärzten Schlafmittel und Alkohol erhalten.

Entschliche Muttat.

Ab. Reumünster, 21. April. Auf dem zur Landgemeinde Haspel gehörenden Gutshof Virenhof des Gutsherrn Oterheim erschoss gestern der aus Berlin kommende Gutsherr Reumann, nachdem er fünf Pferde, 20 Milchkühe und fünf Schweine durch Schüsse getötet hatte, seine Frau und sein 70-jährige Schwiegermutter. Er steckte mit Hilfe von Bengen das Bohrgewehr in Brand und verbrachte die Leiche Selbstmord. Reumann ist vermutlich durch seine unglückliche finanzielle Lage zu der Tat veranlaßt worden.

Kleiderstoffe Seidenstoffe Waschstoffe

Vorteilhafte Preise * Grösste Auswahl!

Kleiderstoffe

Popeline	reine Wolle, modernste Farben	Meter Markt 5.80 4.90 4.40 bis	3.25
Gabardine	aus erstklassiger Fabrikate, große Farbauswahl, circa 130 cm breit	Meter Markt 13.20 11.00 9.80 8.50 bis	6.50
Cheviot	reine Wolle, in den neuesten Farben, marine und schwarz	Meter Markt 5.50 4.50 3.40 2.80 bis	1.75
Ottomane und Rips	die von der Mode bevorzugten Gewebe!	Meter Markt 16.50 13.50 11.80 10.50 bis	8.50
Rips-Mouliné	in glatt und gestreift, circa 130 cm breit	Meter Markt 16.50 15.00 13.50 bis	12.50
Covercoat	für Mäntel und Kostüme, circa 140 cm bis 130 cm breit	Meter Markt 13.80 12.50 9.75 6.75 bis	3.50
Imprägnierte Stoffe	für Mäntel, Kostüme und Jacken, circa 140 cm bis 130 cm breit	Meter Markt 16.50 13.20 11.50 bis	7.00
Jacken-Flausche	in kariert, weiß und hellfarbig	Meter Markt 14.00 12.50 11.80 bis	5.90
Donegal	ca. 140 bis 130 cm breit	Meter Markt 7.00 5.90 4.90 3.50 bis	2.75
Karierte Kleiderstoffe	in Nejenauswahl beliebte Mode für Heim-Heider	Meter Markt 7.90 6.90 5.25 3.20 bis	1.45

Seidenstoffe

Crêpe marocain	mit wollestem Einschlag, in vielen Farben	Meter Markt 12.80 11.50 9.50 bis	7.50
Eolienne	Wolle mit Seide, nur beste Qualitäten	Meter Markt 10.50 8.00 7.50 bis	5.90
Crêpe de Chine	großes Farbsortiment, circa 100 cm breit	Meter Markt 13.50 11.80 9.80 7.50 bis	4.80
Helvetia	prima Qualität, circa 90 cm breit	Meter Markt	4.50
Seidentrikot	in vielen Farben, circa 140 cm breit	Meter Markt	4.50
Waschseide	in gestreift und kariert	Meter Markt 7.50 4.50 3.75 bis	2.60
Foulard	in dunkel und hell ausgemustert	Meter Markt 12.50 11.25 9.80 bis	5.50
Bunt Crêpe de Chine u. Crêpe marocain	in großer Auswahl	Meter Markt 16.50 14.50 12.50 10.50 7.50 bis	4.90
Kariertes Taffet	für das elegante Straßenkleid, circa 100 bis 90 cm breit	Meter Markt 12.00 bis	10.50
Seiden-Frotté	in vielen Farben	Meter Markt	1.60

Waschstoffe

Neueste Modeschöpfungen für Sommer 1925!

Musseline	mit diesjährige neueste Muster	Meter Markt 1.65 1.45 1.35 1.10 bis	0.90
Wollmusseline	große Spezialabteilung, von den feinsten bis zu den buntesten Mustern, in erstaunlich großer Auswahl!	Meter Markt 5.50 4.90 4.40 3.25 bis	2.65
Crêpe marocain	in Wolle und Baumwolle, schönste Kleider- und Blusenmuster	Meter Markt 5.50 4.40 3.50 2.60 bis	1.65
Crêpe marocain	entzückende Karos und Streifen, doppeltbreit	Meter Markt 4.90 4.50 4.25 bis	3.50
Einf. Crêpe marocain u. Baumrinde		Meter Markt 6.50 5.50 4.50 3.50 2.95 bis	0.90
Einf. Popeline u. Seiden-Popeline	große Farbauswahl	Meter Markt 2.75 2.50 2.10 bis	1.65
Vollvoile	in selten schönen Mustern, Karos und Streifen	Meter Markt 4.90 3.75 2.70 2.10 bis	1.80
Foulardine	bester Seidenjersey, reichglänzende Qualitäten	Meter Markt 3.50 3.20 2.85 bis	2.30
Zephir	für Oberhemden und Sportheimen	Meter Markt 2.10 1.75 1.50 1.10 bis	0.75
Perkal	prima Qualitäten, für Oberhemden	Meter Markt 1.45 1.25 1.10 bis	0.75

Elfenbein reinwollene Stoffe, alle erdenklichen Gewebe, in Riesenauswahl!

Weißwaren

in entzückender Ausmusterung zu selten günstigen Preisen!

Bubikragen	für Socken und Kleider	Stück Markt	0.40
Bubikragen	in Spat und Rips	Stück Markt 1.65 1.35 bis	0.75
Runde Kragen mit Einsatz	Die fertige Garnitur für das Sommer!	Stück Markt 6.75 5.25 bis	3.75
Neuartige Jabots	in Wolle und Spat	Stück Markt 4.50 3.75 bis	2.40
Kragen- und Aermelgarnituren vom Meter	in Spitze, Rips, Popeline und Crêpe Georgette	Meter Markt 4.50 3.50 2.25 2.00 bis	1.20
Damen- und Kinder-Gürtel	in allen Preislagen!		

Siegfried Cohn

Webereiwaren
Breiteweg 58-60



Die alte gegen die neue Zeit



Ein Blick hinter die Kulissen.

Die Hindenburg-Propaganda.

Am Montag fand in Berlin eine Vorstandssitzung der Deutschnationalen statt, in der besprochen wurde, wie in der letzten Woche der Wahlkampf zu führen sei. Ein Teilnehmer hatte sich ausführliche Aufzeichnungen von den Beratungen gemacht und — die werden wortgetreu im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht. Offenbar handelt es sich um einen Teilnehmer, der über die Besprechungen Bericht erstatten wollte, mit seinen Notizblättern aber sehr unvorsichtig umging. Jedenfalls erhält die deutsche Öffentlichkeit einen Einblick in die Art, wie die Hindenburgwahl gemacht werden soll. Wir geben den Bericht in seiner schlagwortartigen Fassung nach dem „B. L.“ wieder. Er beginnt mit einer einleitenden Rede des Reichsinnenministers Schiele:

Minister Schiele: Niederlage Hindenburgs vernichtet für uns. Vor allen Dingen bei Propaganda Betonung des Persönlichkeitskampfes gegenüber demokratischem Massenstaat. Hindenburg-Film ist ausgezeichnet. Leider nur in 50 Exemplaren. Bei der Indifferenz des Loebel-Ausschusses ist es schwer, eine schlagkräftige Propaganda zu entfalten. Deshalb hat Deutschnationale Volkspartei die ganze Propaganda auf sich selbst genommen. Diese muß bis in die letzte Hütte getragen werden. 50 000 Mark sind von der Eugenbergs-Seite gekommen.

Schiele fordert Genehmigung, Kredit in Anspruch nehmen zu dürfen. Politische Lage nach vorliegenden Berichten durchaus unklar. Es muß versucht werden, nebenbei in sämtlichen deutschen Kinos bei jeder Vorstellung das Bild Hindenburgs besonders deutlich zu bringen. Jedoch sind die letzten Hoffnungen jetzt Flugblätter, die überall den Namen Hindenburg an erster Stelle tragen müssen. Bei Niederlage dürfte die letzte Hoffnung der Deutschnationalen, zum mindesten für die nächsten 7 Jahre, völlig vernichtet sein.

Dr. Weiß: Es sind noch 500 000 Mark notwendig. Ich habe gefragt, ob ich 100 000 Mark Schulden machen könne, und habe von der Parteileitung ein „Nein“ zur Antwort erhalten. Ich habe sie trotzdem gemacht. (Bravo!) Wir sind vollständig bis auf den letzten Pfennig ausgepumpt. 500 000 bis 600 000 Mark sind jedoch unbedingt notwendig für die Propaganda dieser Woche, bei der vor allem die Probingspreiße, und zwar die kleineren Blätter, zu berücksichtigen sind, die jetzt höchlich ablehnen, unentgeltlich Wahlaufträge zu bringen. Es gehen jetzt täglich an 1100 Blätter Matern heraus. Bei meinen Inspektionen in den letzten Tagen habe ich überall Laiktanten und Kapthelme gesehen, die sehr geschickte Flugblätter verteilen. Unbedingt müssen wir dem folgen. Ich brauche nur Geld dazu. Es genügt, wenn wir einen Kredit von 500 000 Mark in Anspruch nehmen dürfen und das Geld im Laufe eines halben Jahres wieder zurückgeben.

Ein Vertreter aus Siegnitz: Auf geschickte Flugblätter kommt es vor allen Dingen an. Auch wir müssen hundsgemeine Flugblätter herausgeben.

Ein zweiter Vertreter aus dem Oden: Wir haben alle Wahlmänner aus den Listen der ersten Wahl herausgenommen. Sie werden am 26. reiflos durch einen bereits organisierten Schlepperdienst ersetzt werden. Auf diese Weise dürfte eine Anzahl von indifferenten Stimmen zu bekommen sein.

Der Leiter der Wahlpropaganda: Die Hilfe der übrigen Parteien ist gleich Null. Die Differenz mit der Wirtschaftspartei ist behoben. Leider ist noch nicht ein Sechstel der erforderlichen Mittel vorhanden. Donnerstag findet große Wahlversammlung im Sportpalast statt, von der auch eine Rückführung auf das Reich zu erhoffen ist. Farres sowie Wallraf haben als Redner zugefagt. Hindenburg und von der Osten sollen noch gewonnen werden. In den Großstädten ist eine geschickte und umfassende Lichtreklame unbedingt notwendig und wird in Berlin durchgeführt werden.

Der Vorsitzende: Organisation Berlin ist vorbildlich. Leider hat Hindenburg gestern entschieden abgelehnt, nach Berlin zu kommen. Es muß darauf hingewiesen

werden, daß das Alter von Hindenburg keine Rolle spielt, jedoch der auf der ganzen Welt geachtete Name eine bessere Zukunft verspricht. Vor allem ist es auch notwendig, sich an die Katholiken zu wenden, wobei zu hoffen ist, daß die

in Aussicht stehende Rundgebung des Papstes (?)

gegen die Verbindung des Zentrums mit der Sozialdemokratie noch rechtzeitig kommt. Diese Hoffnung ist nach verschiedenen Zeichen der letzten Tage gegeben. Diese Veröffentlichung würde zunächst im „Osservatore Romano“ erfolgen. Große Hoffnung ist auf den vorzüglichen Film in den letzten Tagen zu setzen. Nachdem wir soeben mit der Deutschen Wirtschaftspartei so fest gegen eine gewisse Persönlichkeit zusammengestanden haben, ist die Auswirkung dieses nunmehr vollzogenen Zusammenschlusses für den zweiten Wahlgang gegeben.

Ein Vertreter aus Breslau: Reine Wahlversammlungen taugen nichts. Die Versammlungen müssen von Vorträgen und vor allem von Musik und Konzert begleitet sein. Am Tage vor der Wahl ist ein großer Umzug vorgesehen, an welchem alle teilnehmen werden, und zwar auch die Kreise der sogenannten oberen Zehntausend, die sich bislang von solchen Umzügen ferngehalten haben. Handzettel mit Äußerungen des Fürstbischofs Kardinal Vertram sind verteilt worden, die sich scharf gegen die Sozialdemokratie und die Verbindung mit dem Zentrum wenden. (Der Handzettel wird verlesen.) Während Marx in Berlin sprach, verteilten Leute Zettel mit Aufforderung zum Kirchenaustritt. Derartige Momente wie diese beiden müssen entschieden jetzt in der Presse verwandt werden. Nebenher ist die Beeinflussung der Presse jetzt das stärkste der in Frage kommenden Mittel.

Freiherr v. Holm (Hofstein): Das Beispiel Mac Mahons muß bekannt werden. In gleicher Lage wurde er gewählt als Vertreter des kaiserlichen Frankreichs und hat Vorzügliches geleistet. Die Schlappheit der Frauen in Königsberg ist zu beurteilen. Sehr unangenehm wirkt die Propaganda der Reichsbannerumzüge mit Musik.

Ein anderer Vertreter: Reichsbannerumzüge mit Musik machen tatsächlich großen Eindruck.

besonders, wo sie sich mit vaterländischen Rundgebungen vereinen. Es muß besonders an die Frauen herangetreten werden, die auf vaterländische Rundgebung und Gesinnung am meisten achten.

Schlange (Schöningen): Wir sind zu schlapp, zu sehr durchgeht bereits von demokratischer Entwicklung. Entweder wir siegen oder wir beugen uns unter das laudinische Joch Stresemanns. Auch ich bekenne folgendes: Der Reichsblock ist ein entsetzliches Konglomerat. In vielen Landesstellen ist der Einfluß der Deutschen Volkspartei katastrophal. In Königsberg sprach am Schluß der Umzüge ein Arbeiter auf dem Marktplatz. Der Erfolg war schlagend. Wir führen im Reichsblock und wir müssen führen. Die Deutsche Volkspartei ist gezwungen, mit uns zusammenzuarbeiten, weil sie ihre Niederlage im Loebel-Ausschuß einsteht.

Der Vorsitzende: Ich freue mich über das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei und daß wir die Führung an uns gerufen haben. Wir werden sie auf jeden Fall behalten.

Ein Vertreter Berlin: Auf die Wahrsache Volkspartei ist nicht sicher zu zählen. Sie agitiert deutlich hinter dem Rücken für Marx. Eine große Hilfe kommt uns jetzt von Hitler,

der sich entschieden für Hindenburg erklärt hat. Der Einfluß Hitlers auf gewisse Teile der Arbeiterschaft ist nicht zu unterschätzen. Er muß unbedingt in Versammlungen in die Industriezentren gebracht werden, so etwa nach Chemnitz. Die Parteileitung muß sich sofort mit ihm in Verbindung setzen.

Frau Lehmann: In den letzten Tagen müssen Flugzettel durch Türspalten gesteckt werden, die sich vor allem an die Frauen wenden. Diese Zettel müssen enthalten, daß gerade Hindenburg den Frieden bringe, jedoch Marx durch seine Verbindung mit dem Völkerbund den Krieg!

Ein Vertreter von Weser-Ems: Die Presse ist nur noch gegen Geld zu haben. So unglaublich es klingt: es haben Blätter der Deutschen Volkspartei Aufträge für Hindenburg abgelehnt, falls sie nicht bezahlt würden. Die Flugblätter, die jetzt Freitag und Sonnabend zur Verteilung kommen müßten,

dürften nur so kurz wie möglich sein, da das Volk lange Flugblätter nicht lese, also höchstens eine halbe bis eine Seite, die eine Gegenüberstellung von Marx und Hindenburg bringen müsse. Da die Gegenseite mit allen Mitteln kämpft, so

brauchen wir vor Gemeinheiten nicht zurückzusehen.

Wir haben es reiflos satt, Herrn Stresemann auch nur einen Schritt nach zu folgen. Leider haben wir im Westen kein Geld, da der Reichsblock uns das ganze Geld weggenommen hat. (Allseitige Zustimmung.) Die Bearbeitung der Presse ist jetzt Hauptsache. Wir im Westen arbeiten nicht mehr mit der Deutschen Volkspartei zusammen. Die päpstliche Rundgebung muß auf jeden Fall herbeigebracht werden. Die Parteileitung muß gleichzeitig mit den Flugblattpatenten auch Fahmentuch besenden. Außerordentlich geschadet hat die

Stellungnahme des Generals v. Seede,

der sich gegen Hindenburg erklärt hat und seinen Rücktritt für den Fall der Wahl Hindenburgs erklären wird. Dieses Flugblatt ist übelstes Gift. Seine Rücktritt stellt Hindenburg in sehr geschickter Weise als alten Mann dar. In Osnabrück hat sich der Hypothekengläubigerverband gegen Hindenburg erklärt und sich offen für das Zentrum ausgesprochen.

Dr. Weiß: Seit 4 Tagen arbeiten täglich 1600 Plakate mit Matern heraus. Die Bezahlung ist allerdings sehr fraglich. Ebenso Flugblattentwürfe, da für den Druck und Versand von Berlin aus keine Zeit mehr ist.

1100 Zeitungen

bestimmen schon seit einer Woche die Matern unentgeltlich. Wir haben auch Flugblätter herausgegeben, die scheinbar nicht von uns stammen und für die Arbeiter bestimmt sind. (Sehr gut!) In 2 Stunden findet sich bei mir ein Zeichner ein, der folgendes Flugblatt zur Herstellung heute und morgen bearbeiten wird: Am Kopfe die Bilder von Hindenburg und Marx.

Marx mit kleinem Hüthen und Wassertopf.

Weiß betont, daß dies keine Karikatur sei, sondern eine tatsächliche Photographie von Marx, so daß gegen die Gegenüberstellung nichts einzuwenden sei. Darunter die Frage „Wollt ihr Hindenburg oder diesen Marx wählen?“ Das Flugblatt geht morgen bereits an die Landesverbände, gleichzeitig auch als große Mater und als kleine Mater an 1200 Zeitungen.

Vertreter von Vorsig (Neubaus) sagt finanzielle Unterstützung zu, weiß jedoch nicht, wohin er zahlen soll. Hat in den letzten drei Tagen fünf Schreiben erhalten, von denen jedes eine andere Zahlstelle angibt. Das letzte, durch Justizrat Wensleben, hätte Zahlung an den Reichsblock verlangt.

Vorsitzender sowie Dr. Weiß: Zahlungen sind lediglich an die Deutschnationale Volkspartei zu leisten auf Bankhaus Krause. Leider müssen wir mit dem Reichsblock zusammenarbeiten. Leider hat auch Hindenburg erklärt, daß er mit keiner Partei arbeite, sondern nur mit dem Reichsblock. Ich habe aber die Leitung an mich geriffen. Wir haben 410 000 Mark für die erste Wahl ausgegeben und sind

mit 200 000 Mark sitzengeblieben.

Angedacht hat auch der Reichsblock jetzt noch Schulden. Zum Beispiel hat sich eine Druckerei geweigert, unsere Flugblätter nochmals zu drucken. Schuld an alledem hat der Schatzmeister.

Ein Vertreter der Industrie: Auch wir geben gern und reichlich. Wohin sollen wir jedoch zahlen? Wir haben uns entschlossen, die Gelder der Industrie reiflos Herrn Geheimrat Eugenbergs zuzuführen, der sie sammeln und darin selbst die Abführung vornehmen soll. (In diesem Augenblick betritt Eugenbergs das Zimmer.)

Parteis (Mitteldeutschland): Es ist sehr schwer, an die Arbeiter heranzukommen, da die Sozialdemokratie die Parole ausgegeben hat, daß die Wahlversammlungen des Reichsblocks nicht zu besuchen sind.

Der Vorsitzende entgegnet auf die Bemerkungen eines Redners: Die Frage, ob der

Reichsblock nach der Wahl noch bestehen bleiben soll, erledigt sich eigentlich von selbst. Der Reichsblock ist nur für die Wahl gebildet und besteht für uns nach der Wahl nicht mehr.

Von verschiedenen Seiten wurde noch betont, daß kein Geld vorhanden sei und ein finanzieller Zusammenbruch nicht unwahrscheinlich sei.

Innenminister Severing

spricht am Donnerstag abend 8 Uhr im „Konzerthaus“ in einer

großen öffentlichen Versammlung

Massengesang unter Mitwirkung des Magdeburger Musikorchesters. Leitung: Obermusikmeister Vogel.

Sozialdemokratische Partei.

Eintritt 30 Pfennig.

Wichtig wäre, ferner, daß auf die Deutsche Volkspartei nicht gesehen werden könne und daß man selbst ganz allein die Führung übernommen hätte und damit auch die Wahlpropaganda leiten müsse. Die Befürchtung, daß das Reichsbanner Erfolg hätte, wo es mit Mühe aufsteht und vor allen Dingen sich national betätigt, war ganz allgemein. Des öftern wurde betont, daß man von der weiteren Propaganda durch nichts zurückzureden solle, da die Gegenseite ja auch stupplos in der Wahl ihrer Mittel sei.

Es steht uns also noch allerlei Wahlschwindel in Aussicht. Da ist einmal die angeblich zu erwartende Erklärung des Papstes, die sich gegen die Zusammenarbeit von Zentrum und Sozialdemokratie richten soll, und — wie aus G a n n o v e r bekannt wird — planen die Reichsradikalen dort ein „Attentat“ auf Hindenburg, um dessen Popularität zu erhöhen.

Auf der andern Seite beginnt die Rechtspresse in Norddeutschland mit dem konfessionellen Gegensatz — Protestanten und Katholiken! — zu arbeiten. Gewiß, Marx ist Katholik. Aber um alles in der Welt, was hat der Reichspräsident mit religiösen Dingen zu tun? Nichts, aber auch gar nichts! Ueberdies, Wilhelm Marx ist ein außerordentlich duldsamer Mensch, der gewiß alles tun wird, um Gegensätze auszugleichen. Religiöse Streitigkeiten besteht viel mehr bei gewissen Vertretern der evangelischen Kirche; wir erinnern dabei an das enge Bündnis zwischen evangelischer Kirche und schwarzweißroten Kampfbündnissen.

Alle Frauen gegen Hindenburg!

Von Anna Geher

Die Kandidatur Hindenburgs zur Präsidentschaftswahl stellt die Frauen vor neue Aufgaben. An die Stelle der verschwommenen Umrisse des Herrn Jarres sind die scharfen Konturen Hindenburgs getreten. Das Bild des Wahlkampfes ist dadurch für alle Wähler und Wählerinnen deutlicher geworden. Der Kampf um die Präsidentschaft des Reiches ist über seine eigentliche Bedeutung hinaus zu einem Ringen um Republik oder Monarchie geworden.

Hindenburg, der an die Spitze der deutschen Republik treten will, hat aus seiner monarchistischen Gesinnung nie ein Gehl gemacht. Er erklärte wiederholt, daß er sich durch seinen Treueid noch an den früheren Kaiser gebunden fühlt. Auch daß Hindenburg noch heute in einem lebhaften Briefwechsel mit Wilhelm 2. steht, ist öffentlich bekannt. Daß seine monarchistische Gesinnung ihn nicht hindert, sich um das höchste Amt der Republik zu bemühen, muß Hindenburg mit seinem Gewissen ausmachen, ebenso wie er Wilhelm die alte Treue halten und der Republik eine neue Treue schwören will.

Der Wille des Monarchisten, der Präsident in der Republik zu werden, gleicht den Ueberlistungsmethoden, mit denen im Kriege gegen die Feinde gekämpft wird. Sie mögen hier zwar nicht erfreulich, aber zweckmäßig sein. Im politischen Kampfe waren sie bisher weniger üblich. Dauernde Erfolge sind auf diese Weise in der Politik auch nicht zu erzielen.

Aber Hindenburg ist kein Politiker. Er ist Soldat. Oft hat er das selbst erklärt. Warum kandidiert er dann für eine der wichtigsten Stellen in Deutschland? Sein Wille war es offenbar nicht. Er hat den stürmischen

Forderungen der Deutschnationalen

nachgegeben. Die Deutschnationalen kümmerten sich an die Kandidatur Hindenburgs, weil sie in ihr den einzigen Ausweg aus ihrer bedrängten Lage sahen. Jarres war nie der Mann der Deutschnationalen. Seine Wahlniederlage verstärkte die deutschnationale Opposition gegen seine abermalige Aufstellung beim zweiten Wahlgang. Gleichzeitig wurde in den Reihen der Deutschnationalen die Opposition gegen die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung, vor allem gegen den Sicherheitspakt, immer härter und kämpferischer. Durch die Kandidatur Hindenburg soll den Anhängern einer kriegerischen Außenpolitik Rechnung getragen werden. Außerdem hoffen die Deutschnationalen, daß der bekannte Name Hindenburgs

auf die Gesühle der Frauen

starken Eindruck machen wird.

Sie werden sich diesmal verrechnen! Wohl haben bisher die Rechtsparteien durch allerlei — später nicht eingehaltene — Wahlversprechungen stark auf die Frauen gewirkt. Die erste Antwort auf ihren Wahlschwindel erhielten sie bereits beim ersten Wahlgang am 29. März. Der brauchte ihnen eine empfindliche Niederlage. Sie werden bei der Wahl am 26. April mit der sichersten Segnerichaft aller friedliebenden Frauen zu rechnen haben. Der Name Hindenburg wirkt unter den Frauen wie ein Faval. An die Stelle der großräumigen Phrasen von „nationaler Außenpolitik“

mit denen die Deutschnationalen so geschickt jonglieren, setzt er die Tat — läßt er das blutige Handwerk des Krieges selbst aufleuchten.

Hindenburg hätte als Reichspräsident alle Verträge mit dem Ausland zu unterzeichnen. Er wird keinen Sicherheitspakt mit Frankreich abschließen. Frankreich und kein anderes Land wird mit Hindenburg Verständigungsverhandlungen führen können. Auf Hindenburg antwortet nicht Herrriot, sondern Foch. Sieben Jahre haben in allen Ländern die

Anhänger der Verständigungspolitik

um den Frieden gebient. Dabei sind sie ein gutes Stück vorwärts gekommen. Soll darauf Deutschlands Antwort lauten: Hindenburg!

Diese Antwort hat das deutsche Volk selbst zu geben. Die Mehrheit des Volkes sind die Frauen. Wollen Deutschlands Mütter wieder ihre Söhne geboren haben, damit Hindenburg Kriegsknechte hat? Darüber kann das deutsche Volk jetzt selbst entscheiden. Will es sein Schicksal noch einmal Hindenburg anvertrauen?

Hindenburg hat den Krieg verloren. Zwei Millionen deutsche Männer blieben auf dem Schlachtfeld. Zwei Millionen Frauen haben es am 26. April in der Hand. Ihn darauf die Antwort zu geben. Fast acht Millionen Wähler haben im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten Braun gestimmt. Annähernd die Hälfte davon werden Frauen gewesen sein. Nehmen diese Frauen sich vor, bis zum 26. April aus der großen Zahl der Nichtwähler nur je eine Frau aufzurufen, daß sie gegen Hindenburg und für Marx stimmt, so bekommt Hindenburg die Antwort, die er sich um das deutsche Volk ehrlich verdient hat.

Zahlreich sind die Beispiele aus der Geschichte, daß ein Volk nach einem verlorenen Kriege seinen Feldherrn zur Rechenschaft zog. Die deutsche Republik tat das nicht. Sie fühlte sich stark genug, die Segnerschaft von Hindenburg und auch von Ludendorff zu ertragen. Ludendorff hat sich selbst um alles Ansehen gebracht. Der fast achtzigjährige Hindenburg hätte sein Leben ruhig und in Frieden abschließen können.

Er wollte das nicht.

Trotz seines hohen Alters betrat er den politischen Kampfplatz. Er ringt um die Führung der deutschen Republik. Will er den Kampf, so soll er ihn haben.

Der besiegte Feldherr wird eine neue Schlacht verlieren. Die Republik besiegelte ihren Untergang, die einen Monarchisten, die einen Kriegsmann, die einen achtzigjährigen Hindenburg zu ihrem Präsidenten wählte.

Beim ersten Wahlgang hatten die drei republikanischen Parteien fast anderthalb Millionen Stimmen mehr als alle Parteien der Rechten. Verändern sich die Stimmabgaben beim zweiten Wahlgang nicht ganz außerordentlich, so ist die Wahl des Republikaners Marx gewiß. Aber eine Antwort auf die

Provokation durch Hindenburgs Kandidatur

ist das noch nicht. Diese Antwort werden vor allem die Frauen, die Mütter geben müssen. Ihre Abstimmung muß wie ein Schrei wirken: Wir wollen keinen Feldherrn an die Spitze unserer friedlichen Republik. Hindenburgs Führung hat einmal Elend, Tod und unfähiges Leid über Deutschlands Männer, Frauen und Kinder gebracht. Nie darf sich das wiederholen.

Zwei Millionen Lote im Weltkrieg!

Zwei Millionen neue Frauenstimmen gegen Hindenburg!

Zwei Millionen mehr für die Republik!

Zwei Millionen Frauen werben für Marx! —

Feiacheit und Mut.

Mit Kameraden und politischen Kampfgefährten sprachen wir am Sonntag darüber, wieviel seltener moralischer Mut ist als der körperliche, der als die höchste Eigenschaft des Soldaten gepriesen wird. Ein Beispiel für mangelnden moralischen Mut lieferte der derzeitige Reichskanzler Luther. Von sozialdemokratischer Seite war ihm der Wortwitz gemacht worden, er habe nicht den Mut, dem deutschen Volke zu sagen, welche unheilvolle Wirkung für unsere außenpolitische Lage allein schon die Aufstellung der Kandidatur Hindenburg gehabt hat. Reichskanzler Luther antwortete darauf, indem er den Berliner Vertreter der „Königlichen Zeitung“ zu gewissen Feststellungen ermächtigte. Luther besleigt sich auch in diesen Erklärungen der von ihm besetzten verschwommenen Laffik und hält sich sowohl für den Fall, daß Marx aber auch daß Hindenburg am 26. April siegt, bestens empfohlen. Nur zwischen den Zeilen

läßt der Regierungschef durchblicken, daß er mit der Kandidatur Hindenburg nichts zu tun haben will. In den von der „Königlichen Zeitung“ im Auftrage des Reichskanzlers veröffentlichten Erklärungen, die natürlich von ihm selbst verfaßt sind, heißt es z. B.:

Daß Reichskanzler Dr. Luther im ersten und zweiten Wahlgang mit der verfassungsmäßig gebotenen Zurückhaltung, aber doch in voller Klarheit Schritte getan hat, ist der Öffentlichkeit bekannt. Daß diese Schritte nicht zu einem Erfolge geführt haben, lag nicht in der Hand des Reichskanzlers. Bei diesem Sachverhalt muß es der Reichskanzler durchaus zurückweisen, unter inner- oder außenpolitischen Gesichtspunkten für die Wahlsituation, die jetzt entstanden ist, verfassungsmäßig oder auch nur politisch verantwortlich gemacht zu werden.

Luther lehnt also sowohl gegenüber dem Inland als auch gegenüber dem Auslande jede Verantwortung für die Kandidatur Hindenburg ab. Die Art, wie er das tut, spricht nicht für ihn. Es fehlt ihm der moralische Mut, vor der Wahl Hindenburgs zu warnen, obwohl er innerlich überzeugt ist, daß diese Wahl eine Katastrophe bedeuten kann. Er fürchtet sich vor dem Sturm, den gegen ihn die gesamte Rechtspresse entfesseln könnte.

Immerhin unterscheidet sich Luther in dieser Beziehung doch noch in einem ganz wesentlichen Maße von seinem Außenminister Stresemann. Dieser bringt es in der Sonntagsausgabe der „Zeit“ fertig, einen Artikel über „Deutsche Volkspartei und Reichspräsidentenwahl“ zu schreiben, ohne auf die seit Wochen gegen ihn erhobenen Vorwürfe einzugehen. Es steht fest, daß Stresemann gegen Hindenburg als Reichspräsidentenkandidat mit den gleichen Mienen gearbeitet hat wie gegen die Kandidatur Geßler. In gewissem Sinne bestätigt er das in seinem Artikel; aber es fehlt ihm der Mut, aus dieser Tatsache auch die Konsequenzen zu ziehen. Es wäre als Außenminister geradezu seine Pflicht, in aller Offenheit auf die außenpolitischen Folgewirkungen einer Wahl Hindenburgs hinzuweisen. Statt dessen schweigt er über diese Dinge nicht nur, sondern erklärt es als eine Pflicht der Deutschen Volkspartei, jetzt für Hindenburg einzutreten, nachdem er einmal aufgestellt ist.

Bemerkenswert ist die Art, wie Stresemann dem Auslande gegenüber die Kandidatur zu rechtfertigen sucht. Er schreibt:

Wir müßten billigen die Berechtigung des deutschen Volkes in zwei Lager. Wir lehnen es ab, unsere grundsätzliche Einstellung zu der Frage der Staatsform uns von andern nehmen und uns ein byzantinisches Rippenbekenntnis für die Republik vorschreiben zu lassen. Aber wir betonen ebenso nachdrücklich, daß wir jede Beteiligung an verfassungswidrigen Bestrebungen zur Umänderung der Staatsform ablehnen und uns darüber hinaus zu der Wahrung bekennen, daß der harte Kampf um den Wiederaufbau unseres Reiches und Staates nicht durch innere Kämpfe noch mehr als bisher gefährdet werden darf. In diesem Sinne werden wir die republikanische Staatsform nicht nur gegen verfassungswidrige Experimente, sondern auch gegen alle diejenigen verteidigen, die etwa glauben, die Frage der Staatsform überhaupt in die Debatte dieser Gegenwart hineinzutragen zu müssen. Damit scheidet aber auch der Kampf „Monarchie oder Republik“ aus dem Kampf um die Präsidentschaft aus, und wir bewahren uns dagegen, daß die im Auslande vielfach vertretene Auffassung, als ginge ein solcher Kampf bei der Präsidentschaft vor sich, von denen genährt und unterstützt wird, die es so darstellen, als wenn um diese Frage bei der Präsidentschaftswahl gerungen würde.

Als wenn die Welt nicht wüßte, daß Hindenburg nur der Pflaßhüter der Monarchie und im Falle der Wahl eine Altrappe für die ehemals herrschenden Schichten wäre!

„Sage mir, mit wem du umgehst...“

Im „Volkswille“ von Hannover lesen wir:

Hindenburgs nähere Umgebung in Hannover ist außerordentlich interessant und beachtenswert. Vor allem ist sie dazu angetan, die in der Öffentlichkeit vorhandene Ansicht von der ganz einseitig deutschnationalen Einstellung der Kandidatur Hindenburg als berechtigt zu bestätigen, da bei der völligen Unkenntnis des Feldmarschalls auf politischem Gebiete seine nächste Umgebung für ihn ausschlaggebend ist.

Da ist zunächst der Adjutant Hindenburgs, Oberstleutnant a. D. von Kuegelgen, ein früherer Stabsoffizier, der von der Republik seine Pension bezieht und aus ideellen, politischen Gründen diesen Vertrauensposten ehrenamtlich bezieht. Er ist deutschnational bis auf die Knochen und hat von Politik ebenso wie sein alter Herr nicht die geringste Ahnung. Aus diesem letzteren Grunde schiebt er die in der Villa des Feldmarschalls zahlreich eingehenden Briefe zur Erledigung ohne Ausnahme an das in Hannover aufgemachte Centralbureau des Reaktionsausschusses, das am Bahnhofplatz im „Hotel zum Königlichen Hof“, dem Hause des Reichslandbundes, untergebracht ist.

Im Landbundhause sitzt als nächster Vertrauter Hindenburgs und als Verbindungsmitglied zwischen dem alten Herrn

Selbst im kleinsten Ort findet man Odol. Das läßt sich von keinem anderen Mundwasser sagen. Nur ein wirklich gutes Mundwasser kann einen solchen Erfolg haben. Wenn man sicher gehen will etwas wirklich Gutes zu bekommen, dann muß man Odol nehmen und kein „ebenso gutes“ Mundwasser. Odol ist ein Produkt deutscher Wissenschaft, deutscher Technik, deutscher Arbeit.



Reichsbanners letzter Ruf zur Präsidentswahl!

Großer Demonstrationenzug am Sonnabend abend.

Alle Abteilungen stellen sich an ihren Plätzen am Staatsbürgerplatz 7 Uhr auf. Nach dem Demonstrationenzug großer Fackelzug in den Bezirken. Die Ortsgruppenleitung.

und seinen Wahlmachern der Oberstleutnant v. Feldmann, Führer des Hannoverschen Stahlhelms und Mitglied des deutschnationalen Parteivorstandes, einer der schärfsten Gegner des Dawes-Gutachtens; ein Mann, der mit am schlimmsten gegen diejenigen Reichstagsabgeordneten seiner eignen Partei gewütet hat, die feinerzeit in Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten umgefallen waren und der Annahme des Dawes-Planes durch den Reichstag die Wege gebnet hatten.

Chef des Agitationsbureaus ist sodann der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, Hauptmann a. D. Otto Schmidt, ebenfalls ein fanatischer Gegner der außenpolitischen Verständigung und des Dawes-Planes.

Zu diesen beiden politischen Hebern kommt dann unter den Vertrauten des Marschalls noch der Leitartikel seines deutschnationalen Leit- und Wagenblattes, Herr Dr. Schulze-Pfäfers vom „Berliner Sozialangeiger“ (1), der bisher ebenso wie die vorgenannten Persönlichkeiten als seine Hauptaufgabe die Bekämpfung jeder vernünftigen Außenpolitik betrachtet hat, und der wie kein anderer täglich in den kraheften Ausdrücken den sowieso schon stark deutschnational gerichteten Kurs des Reichsaußenministers Stresemann als verfehlt bekämpft. Der deutschnationale Herr Dr. Schulze-Pfäfer sitzt hier in Hannover nun als Leiter des sogenannten „überparteilichen“ deutschnationalen Pressebureaus und fabriziert für den deutschnationalen Herrn von Prigeh, den ebenfalls angeblich „überparteilichen“ Geschäftsführer des Reichsblatts in Berlin, eine Gipfelpfeile, mit denen der größte Teil der bürgerlichen Presse in Deutschland von Berlin aus versorgt wird, während die volksparteiliche

Presse glatt an die Wand gedrückt ist. Von Dr. Schulze stammen auch jene oberfaulen Meldungen, nach denen angeblich ein Teil des rheinischen und hannoverschen Zentrums die Absicht hat, dem Kandidaten Marx den Rücken zu kehren. In Ermangelung von Tatsachen wird eben mit solchen Unrichtigkeiten versucht, Stimmung für die Wahl zu machen und die Aussichten der Reaktion in günstiges Licht zu setzen.

Die angeführten Vertrauensmänner in Hindenburgs persönlicher nächster Umgebung sind nach ihrer ganzen Einstellung dazu angetan, auch dem letzten schwankenden Würgermann zu zeigen, daß die Kandidatur des Feldmarschalls eine ernste außenpolitische Gefahr für die Republik bedeutet.

Worte des Feldmarschalls.

Der Kriegsverlängerer. „Der Krieg dauert hoffentlich so lange, bis sich alle unsern Willen fügt.“

Der Völkerverbeher. „Wir hassen England. 1866 war ein Zweikampf zwischen zwei Kavaliern. 1870/71 waren wir gezwungen, einen ungezogenen Straßenjungen zu züchtigen, heute (1915) aber müssen wir einen Schuft (das heißt England) niederschlagen.“

Der falsche Prophet. „Kurzum, das große amerikanische Giftgas steht noch in nebelhafter Ferne. Kommt es aber wirklich, so wird es an der Lage auf dem europäischen Kriegsschauplatz auch nichts ändern.“

Wählt Marx!

Sozusagen-Auch-Republikaner.

Die Versammlungen des Reichsblatts beginnen sich zu Etonvorstellungen auszuwachsen. Die Angst ist den Herrschaften in die Glieder gefahren. Sie sehen die gewaltigen Kundgebungen der Republikaner und den Jammer bei sich selbst. Da werden sie verwirrt und scheuen in ihrer Ratlosigkeit tolle Kapriolen.

Der große Aufstand des Reichsblatts für die Wahl Hindenburgs sollte eine große öffentliche Versammlung in den „Nationalfesthallen“ sein. Aber o Schreck, groß war nur die Ankündigung, der Saal aber war nur mit zur Hälfte besetzt, zur festgesetzten Zeit gar nur von einem Wackerbüchel Unentwegter. Und das, trotzdem ein Landtagsabgeordneter, ein Berliner Sanitätsrat und eine deutschnationale Magdeburger Kanone als Redner angekündigt waren.

Das fache Gerede des Landtagsabgeordneten Conradt können wir uns sparen. Auch das geistlose Zeug, das der Vorsitzende des Deutschnationalen Arbeiterbundes, Gebjer, in den leeren Saal trompetete. Bemerkenswert ist nur, daß die Versammlung völlig ernst blieb, als Gebjer das Gegenteil von Massenandrang zu der ersten Reichsblattsversammlung damit entschuldigte, daß er die deutschnationalen Parteianhänger ausdrücklich gebeten hätte, der Versammlung fernzubleiben, damit die im sozialdemokratischen Lager befindlichen Wähler Platz hätten und „aufgestellt“ werden könnten. Aber dieser hinterhältige Volksblödel! Duft im letzten Augenblick selbst eine Versammlung ein und schnappt die Wähler alle weg. Wie gesagt, kein Gesteckausbruch folgte, sondern entrüstetes Häuspern.

Als größter Witzbold produzierte sich ein angeblich ehemaliger Sozialdemokrat aus dem Rheinland, und wie er einmündig sagte, „Auch-Republikaner“, der für Hindenburg ins Zeug ging. Er verplapperte sich aber in der Hitze des Gefechts, indem er einmal sagte: „Ich als sozusagen auch-Republikaner.“

Solche Nummern werden nun im Reichsblattschaufel gegeben. Als nächste wird August Winnig angekündigt. Sozusagen ... wird er die Reichsblattschelte auch nicht aufhalten.

Aus dem Gewerbegericht.

Eine seltsame Auffassung.

Die Firma Conrad war vor das Gewerbegericht zitiert worden, weil sie einem ihrer Schilderhalter die Bezahlung eines Lohnes von 180 Mark verweigerte. Vor Gericht gibt die beklagte Firma an, den Lohn deshalb nicht zahlen zu wollen, weil die vom Kläger gemalten Schilder wegen eines Fehlers vom Besteller nicht abgenommen und bezahlt seien. Die Jugendvernehmung ergibt aber, daß der Maler an dem Fehler keine Schuld trägt und daß im übrigen die Schilder ordnungsgemäß von seiner Firma abgenommen wurden. Da sich die beklagte Firma auf den Standpunkt stellt, erst den Maler zu entlohnen, wenn der Besteller der Schilder die Rechnung beglichen hätte, wurde sie zur Zahlung von 180 Mark an den Kläger verurteilt.

Eine Streitfrage.

Die Firma Ganzlin hatte einen Arbeiter, angeblich wegen Arbeitsmangels, am 1. April entlassen. Dagegen legte der Arbeiter beim Gewerbegericht Beschwerde ein. Vor Gericht ergab sich folgende Streitfrage: Am 1. April sollten bei der Firma Ganzlin die Wahlen zum Betriebsrat stattfinden. Der letzte Termin zur Einreichung der Wahlvorschläge war der 18. März. Da bis zum Ablauf der Einreichungsfrist nur ein Wahlvorschlag eingereicht war, so brauchte eine Wahl nicht stattzufinden und die auf dem Wahlvorschlag aufgeführten Personen galten als gewählt. Die Amtsperiode des neuen Betriebsrats hätte bei Einreichung mehrerer Wahlvorschläge mit dem 1. April begonnen. Da aber eine Wahl nicht stattgefunden brauchte, so begann die Amtsperiode des neuen Betriebsrats nach dem Monatlichen Kommentar zum Betriebsratsgesetz am 10. März. Auf der Vorschlagsliste war nun auch der am 1. April entlassene Arbeiter mit bezeichnet und gewählt worden. Folgt man dem Kommentar zum Betriebsratsgesetz, wie es auch der Vertreter des Metallarbeiterverbandes tat, so ist eine Entlassung des Arbeiters am 1. April, da er zu diesem Termin bereits Mitglied des Betriebsrats war, ohne Einwilligung des Betriebsrats unzulässig. Das Gewerbegericht stellte sich aber auf einen andern Standpunkt, und zwar sagt es, daß der alte Betriebsrat ein Recht hat, bis zum 1. April zu amtieren. Dieses Recht würde man ihm nehmen, wenn man zugestehen würde, daß die Amtsperiode des neuen Betriebsrats in diesem Falle schon am 19. März beginnen würde. Deshalb wurde die Klage abgewiesen.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Berliner Industriellen drohen.

Die Ablehnung des Schiedsspruchs in der Berliner Metallindustrie durch die Urabstimmung in den Betrieben hat die Industriellen verstimmt. Sie drohen mit weiterer Aussperrung, wenn die Arbeiter nicht zu Kreuze kriechen. Im Streik der Kupferschmiede wurde am Montag erneut zwischen dem Verbande Berliner Metallindustrieller und dem Metallarbeiterverband Verhandelt. Die Einigungsverhandlungen sind jedoch gescheitert, da die Arbeitgebervertreter, vorzig an der Spitze, keine Verständigung wollen, sondern Unterwerfung fordern.

Urich vom Metallarbeiterverband machte den Vermittlungsvorschlag, die Direktoren der einzelnen Betriebe möchten mit den streikenden Kupferschmieden noch einmal direkt verhandeln. Die Unternehmervertreter wiesen diesen Vorschlag zurück. Es sei unmöglich, den Kupferschmieden eine Lohnzulage zu machen. Die ganze Exportindustrie müßte dadurch zugrunde gehen. Von den streikenden Kupferschmieden müßte nach wie vor verlangt werden, die Arbeit bedingungslos wieder anzunehmen. Weigerten die Kupferschmiede sich noch länger, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann würden zu den wegen dieses Streites bereits ausgesperrten Metallarbeitern noch weitere Arbeiter ausgesperrt, die Aussperrung beschränkt werden.

Kraiser kann der Herrenstandpunkt nicht herbeigeführt werden. Entweder, die Kupferschmiede kriechen, oder die ganze Berliner Metallindustrie wird lahmgelegt. Im wohlverstandenen Interesse der Wirtschaft, der Berliner Industrie wäre zu wünschen, daß die Herren die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Selbst wenn es ihnen gelänge, ihre Arbeiterkraft noch tiefer zur Nulllinie herabzudrücken, so würden sie doch ihres „Sieges“ nicht froh werden.

Schwere Wirtschaftskämpfe in Schlesien.

In der schlesischen Industrie steht eine Reihe von schweren Kämpfen bevor. Die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften in der Metallindustrie wurden am Sonnabend vom Verband der schlesischen Metallindustriellen mit der Ankündigung einer allgemeinen Aussperrung in sämtlichen Breslauer Metallbetrieben beantwortet, falls nicht sämtliche Belegschaften am Montag vollzählig antreten.

Die Forderung der Metallarbeiter erzieht eine Anpassung der schlesischen Lohnsätze an diejenigen anderer deutscher Großstädte. Gegenwärtig liegen die Breslauer Löhne in der Metallindustrie um 20 bis 30 Prozent unter den Lohnsätzen der gleichen Arbeiterkategorie im übrigen Deutschland. So erhält z. B. ein 21-jähriger ungelerner Arbeiter in der Berliner Metallindustrie 54 bis 56 Pfennig Stundenlohn, in Breslau dagegen nur 34 Pfennig. Die Arbeitgeber lehnen aber jede auch nur ungefähre Anpassung an die Lohnhöhe im übrigen Reich ab. So steht ansehnlich ein lang anhaltender Kampf in der schlesischen Metallindustrie bevor.

Auch im schlesischen Holzgewerbe dürfte ein Lohnkampf kaum mehr zu vermeiden sein, da auch hier die Arbeitgeber die mäßigen Forderungen der Gewerkschaften ablehnen. Schließlich stehen auch die Breslauer Bauarbeiter in einer Lohnbewegung, die durch einen ungenügenden Schiedsspruch nicht abgeschlossen werden konnte, zumal dieser Spruch nach Auffassung der Arbeiterkategorie unter falschen Voraussetzungen gefällt wurde.

So dürfte Schlesien unmittelbar vor einer Reihe ernstlicher Wirtschaftskämpfe stehen, die als unmittelbare Folge der einseitigen Interessentenbeeinflussung der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen und der ungünstigen Verkehrslage des industriellen Ostens anzusehen sind.

Banken und Angestellte.

Eine interessante Debatte über die Angestelltenpolitik der Banken gab es an einer Stelle, die nicht gerade für Erörterungen der Lohn- und Gehaltspolitik üblich ist, nämlich auf der Generalversammlung der Deutschen Bank. Nach einer sehr pessimistischen Darlegung der Lage des Bankgewerks durch Direktor Wassermann ergriff der Vertreter der Angestellten, Fürstenberg, das Wort und forderte insbesondere, daß die sonstigen Ausgaben ohne Rücksicht in den Handlungskosten einer genauen Spezifizierung bedürften, wenn man daraus Rückschlüsse auf die Gehaltspolitik ziehen dürfe. Er wies nach, daß ein verheirateter Bankbeamter im ersten Dienstjahre nur ein Einkommen von 215,88 Mark beziehe, von denen ihm nach Abzug der Steuer und der sozialen Beiträge nur 182,80 Mark bleiben.

Direktor Wassermann führte nun aus, daß die persönlichen Ausgaben ohne Rücksicht in den Handlungskosten 60 Millionen Mark betragen, erklärte aber, der Rohgewinn sei nur durch eine starke, später nicht mehr mögliche Ueberlastung der Kundenschaft erzielt worden, so daß die Gehalte nicht erhöht werden können. Die sachlichen Mitteilungen, die er machte, gaben allerdings dem Angestelltenvertreter recht, der betonte, daß die Zukunft des Bankgewerks durch eine Steigerung der Umsätze sich wesentlich günstiger gestalten würde, als die Bankleitung annehme. Wassermann stellte nämlich fest, daß im ersten Quartal bei der Deutschen Bank ein Umsatz von 31 Milliarden Mark erzielt worden ist und daß bis Ende März die Gläubiger der Bank bis auf 1100 Millionen Goldmark angewachsen seien; das ist ein ganz gewaltiger Betrag, wenn man dabei berücksichtigt, daß die außerordentlich kritische Lage des deutschen Geldmarktes noch immer anhält und daß insbesondere infolge der verfehlten Lohnpolitik der Arbeitgeber auch die Entfaltung einer Spartätigkeit und einer vernünftigen Kapitalbildung auf das äußerste gesamt ist.

Die Diskussion, die in sehr sachlicher Form geführt wurde, erscheint uns deshalb als begrüßenswert, weil dadurch in den Kreisen der sonst ganz unter dem Eindruck der Verwaltung stehenden Aktionäre die berechtigten Ansprüche der Angestellten wenigstens mit dem Erfolg zur Sprache kommen, daß eine einseitige Orientierung Unbeteiligter ersperrt wird.

Nachfrage des dänischen Unternehmertums.

Wider Erwarten hat sich der dänische Arbeitskonflikt trotz wochenlanger Verhandlungen doch noch zum Großkampf auszuwickeln. Die ungelerten Arbeiter haben einen Einigungs-vorschlag, der ihnen bei Wochenlöhnen von rund 60 Kronen nur

teilweise eine Lohnhöhung von 8 Oere in der Stunde zubilligte, abgelehnt. Darauf haben die Arbeitgeber die schon bestehende Aussperrung auf über 10000 Mann erweitert. Durch Gegenfreitagen am Dienstag weitere 15000 bis 20000 Mann in den Kampf.

Die dänischen Gewerkschaften haben eine internationale Transportarbeiterkonferenz nach Kopenhagen einberufen, die am Dienstag hier zusammentritt. Sie soll zu der in Aussicht genommenen Einbeziehung der Transport- und Hafenarbeiter Stellung nehmen. Außer Norwegen und Schweden haben Hamburg und Bremen ihr Erscheinen zugesagt. Es handelt sich darum, daß Schiffe der im Kampfe befindlichen dänischen Reederei-Vereinigungen auch in den ausländischen Häfen nicht entladen und beladen werden.

Dem Konflikt wird jetzt ungefähr die gesamte dänische Industrie betroffen. Verhandlungen sind unterbrochen im Gange, aber die Aussichten zu einer Beilegung sind ganz minimal.

Schiedsgericht im Vieselfelder Metallarbeiterkampfe.

Nachdem der Einigungs-vorschlag des Reichsarbeitsministeriums durch die Urabstimmung in der Vieselfelder Metallindustrie abgelehnt worden ist, haben sich beide Parteien wegen Einsetzung eines Schiedsgerichts an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Der Arbeitsmarkt in der Textilindustrie. Nach der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung des Textilarbeiterverbandes hat sich die Zahl derselben im Monat März insgesamt auf 50 028 auf 52 018 erhöht. Die Erhöhung kommt auf das Konto der Kurzarbeiter; die Zahl der Arbeitslosen ist von 11 400 auf 11 355 zurückgegangen. Am besten beschäftigt sind die Bezirke Stüttgart, Augsburg, Regensburg, Bamern und Hannover.

Verbandsjubiläum. Die Glasersackgruppe des Deutschen Bauergewerksbundes, die im Jahre 1885 als eigener Verband mit 108 Mitgliedern entstanden ist, konnte dieser Tage ihr 40jähriges Organisationsjubiläum begehen. Man gläser und Rahmenmacher, die bis dahin getrennte Verbände hatten, schlossen sich 1892 zum Zentralverband der Glaser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands zusammen. 1895 konnte die „Glaser-Zeitung“ als eigenes Fachblatt gegründet werden. 1912 erreichte der Verband einen Mitgliederbestand von über 6000. 1922 wählte die Organisation ihren Anschluß an den Bauergewerksbund. Ihr bisheriger Vorsitzender Hermann Eichhorn wurde Obmann der neuen Reichsfachgruppe des Bauergewerksbundes.

Bauarbeiteraussperrung in Pommern. Am 24. März wurde ein Schiedsspruch gefällt, demzufolge die Löhne der pommerschen Bauarbeiter vom 1. April bis zum 31. Mai um 20 bis 30 Prozent erhöht wurden. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitnehmern angenommen, von den Unternehmern jedoch abgelehnt, hauptsächlich wohl deshalb, weil sie eine Gültigkeitsdauer des Schiedsspruchs bis zum 30. September erzwungen wollten. Zu sieben Orten der Provinz Pommern haben die Arbeiter wegen dieser Nichtanerkennung des Schiedsspruchs die Arbeit eingestellt. Daraufhin haben die Unternehmer beschlossen, sämtliche Bauarbeiter der Provinz Pommern auszusperrern. In Stettin ist die Aussperrung vollständig, in der Provinz bereits teilweise durchgeführt.

Rechnungsentwurf in Rußland. Das russische Volkskommissariat für öffentliche Arbeiten hat durch ein Dekret für die Sommerzeit den zehntägigen Arbeitstag auf dem Lande zugelassen. Wir sind neugierig, ob die deutsche Kommunistenpresse dieses Dekret verächtlich übersehen wird. In Sowjetrußland dürrt doch wohl das Proletariat?

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Besucht die Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1925 Juni - Oktober

Im schwarzrotgoldenen Kampfwagen.

Durch den Kreis Neuhaubensleben.

Maschine fährt der stabile Lastzug, der die Neuhaubens-leber Reichsbannerkameraden zu ihrer Propaganda-Reise für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Marx durch den Kreis Neuhaubensleben aufnehmen soll, am Sammelplatz vor. Im Nu regen sich geschäftige Hände, ihn mit der erforderlichen „Kriegsbemalung“ zu versehen. Bald ist's geschafft. Lustig wehen die schwarzrotgoldenen Fahnen im Morgenwind. Lustig! Fertig! Rauchend schlägt der Motor an, und unter Trommel- und Pfeifenklang rollt der schwarzrotgoldene Kampfwagen aus der Kreisstadt, entschwindet dem Gesichtsfeld der ihren im Dienste der Republik stehenden Männern Abschiedsgrüße zuwinkenden Frauen. Dann sitzen wir im leichten Personenwagen hinterher; bald überholen wir unter Frei-Heil-Musik unserer Kameraden das graue Ungetüm. In rascher Fahrt geht es vorwärts durch Wälder und Felder, vorbei an fleißigen Landleuten, die, alltags in der Fron des Unternehmers, den herrlichen Frühlingssontag zur Bestellung des eignen Stückchens Acker nutzen. Zurufe fliegen hinüber und herüber, ein letztes Zwinkern — und weiter geht's. Nach kurzem Aufenthalt in Sülplingen, Wendrode und Götzingen landen wir in Ergleben. Die erste Etappe ist erreicht. Überall bedeutet die Ankunft des schwarzrotgoldenen Kampfwagens

die Sensation des Tages.

Die Reichsbannerleute begrüßen ihn mit Frei Heil, die Einwohner treten aus den Häusern und kommen näher oder betrachten sich das ungewohnte Schauspiel aus der Ferne. Kurze Ansprachen werden gehalten. Sie hämmern der Bevölkerung ins Bewußtsein, welch frivoles Spiel der Bloß der Reaktion mit der Kandidatur Hindenburg betreibt und klingen aus in den Appell, alle Kräfte anzuspannen, damit am 26. April durch die Wahl des ehrlichen Republikaners Marx schweres Unheil vom deutschen Volk abgemindert wird. Ein Hoch auf die Republik — die Motoren springen an, und weiter geht's.

Mit verbissenen Mienen stehen die Gegner am Wege. Der Einbruch der Reichsbanner-Kolonnen in ihre Domänen bedrückt ihnen das Konzept und läßt sie ahnen, daß sie am 26. April troß oder gerade mit Hindenburg ihr Canaue erleben werden. Erst wenn der schwarzrotgoldene Kampfwagen ihrem Gesichtsfeld entschwindet, fahren die Häute aus der Tasche und ein paar unflätige Bemerkungen verhallen im Winde. In Ergleben freilich wurde es ernst. Ein Stahlhelmer zog im Verlauf eines Wortwechsels die Pistole und bedrohte damit die umstehenden Reichsbannerleute. Ehe er noch Unheil anrichten kann, wurde der Vurche unschädlich gemacht. Er wurde zum Amtsvorsteher geführt, Anzeige gegen ihn erstattet und die Waffe beschlagnahmt.

In Cimerleben wird dem deutschnationalen Schul-leiter Dr. Krüger, der beim Hoch auf die Republik den Hut auf dem Kopfe behält, ein Privatgespräch über die Pflichten eines republikanischen Beamten geleistet. Ueber Ostingersleben gelangen wir nach Belsdorf und sind

im Kaltegebiet,

dessen Wahrzeichen, die Förderne und Salben, der Landschaft ihren Stempel aufdrücken. Schöner wirtschaftlicher Grund lastet auf der Bevölkerung dieses Gebiets. Die einst so blühende Kali-Industrie ist im Niedergang begriffen. Die Werke haben ihre Belegschaften auf einen Bruchteil reduziert. Schwer war es für die Entlassenen, wieder Lohn und Brot zu finden. Ihre neue Arbeitsstelle liegt oft stundenweit von der Heimat entfernt. Trotz- dem lebt in diesen biedern Menschen ein guter republikanischer Geist. Mit den Belsdorfer Kameraden empfangen uns die Wefensleber.

In Sommerfennburg, wo vor einigen Jahren infolge der Provokation eines Funfers eine Tragödie sich abspielte, die mehreren Personen das Leben kostete, stehen die Reichsbanner-kameraden mit Fahne am Dorfeingang, im nahen Sommer-dorf empfängt uns die Kapelle mit dem Reichsbannermarsch. Sie wird nach beendeter Rundgebung auf dem Laufplatz verstaubt und unter den Ovationen der Versammelten fahren wir in Richtung Belpke ab. Nach kurzer Fahrt ist der Hauptpunkt des Kohlengebiets erreicht. In statlicher Zahl ist das Reichsbanner aufmarschiert. Es geht sich an die Spitze des Zuges und bringt die Gänge nach beendeter Rundgebung bis zum Aus-gang des Dorfes. Jung und alt ist auf den Weinen. Man fühlt, auch hier ist guter republikanischer Boden.

Im nahen Babelleben ist eine Reichsblodversammlung angefaßt. Sie wird aufgehoben und eine Reichsbanner-Rund-gebung im Saale veranstaltet. Während der Ansprache erscheint der deutschnationalen Parteifreier Sievers (Neuhaubensleben) mit einigen Stahlhelm-Begleitern, der sich durch die Beschimpfung des hochbetagten Reichspräsidenten einen traurigen Ruhm erworben hat. Er wird in das ihm gebührende Licht gerückt und man ge-winnt den Eindruck, daß der alte Hindenburg mit diesem feinen Gefolgsmann und Streiter alte Ehre einlegen kann. — In Ummendorf, Cilsleben und Gatenstedt prächtige Rundgebungen — dann rüsten wir zum Vorstoß in

die Patentreuzler- und Stahlhelmszentrale Uresleben.

Eags zuvor hatte man im Kreise der führenden Leute den Plan einer Gegendemonstration erwogen. Untermwegs erreichte uns diese Kunde. Das war Grund genug, nun erst recht diesem Ort einen Besuch abzustatten, in dem bisher der schrankenlose Terror der Stahlhelmer jede Versammlung der verfassungstreuen Parteien unmöglich gemacht hatte. 40 Radfahrer voraus, zogen wir mit wehenden Fahnen und klingendem Spiel ins Dorf ein. Auf dem Dorfplatz wurde haltgemacht. Vom Gasthof gegenüber wehte die schwarzweißrote Fahne. Dann kamen sie an, die Stahlhelm- und Wertvoll-Kügelinge, die sich in dem stundenlangen Warten auf den republikanischen Stoßtrupp Mut angetrunken hatten. Nach den ersten Sätzen des vom Auto aus sprechenden Kreisleiters be-gannen sie zu toben, zu schimpfen und zu schreien. Die unflätigen Schimpfwörter wurden den Reichsbannerleuten entgegen-geschleudert und im Gaudumdrehen waren beide Parteien zu-sammen. Eine bedrohliche Situation! Plante der Stahlhelm etwa ein zweites Stieglitz? Wenn es nicht dazu kam, ist es der Disziplin der Reichsbannerleute zu danken, die sich den Anord-nungen ihres Führers fügten, schließlich eine Kette bildeten und nun dem Redner das Weiterreden ermöglichten. Daß auf der andern Seite die Absicht der Störung bestand, geht aus den Um-fänden unzweifelhaft hervor.

Der Stahlhelm-Amtsvorsteher.

Schärfste Kritik verdient dabei das Verhalten des Amts-vorsteher's. Er hat zweifellos von dem Vorhaben seiner Stahlhelms-Gefolgsmänner Kenntnis gehabt und nichts ge-tan, sie daran zu hindern. Er ließ sich vielmehr von den Krafteiern beeinflussen, die von ihm forderten, den Redner an Sprechen zu verhindern. Das versuchte er denn auch und erberief sich dabei auf Verbodnungen, die nicht mehr bestehen. Er hatte damit freilich kein Glück, bewies aber damit, daß er die aller-ungeeignete Person zur Ausübung der Polizeigewalt ist. Seine vorgezogene Behörde täte gut daran, ihn einmal nachdrücklich mit den Pflichten seines Amtes bekannt zu machen. Als die reaktionären Kräfte schließlich einsehen, daß sie nichts auszurichten ver-mochten, grölten sie das Deutschlandlied. Auf diese Provokation des Liedes kam aus der Reichsbannerkolonne die Antwort: „Einig-keit und Recht und Freiheit...“

Mit dem Gefühl der Genugtuung, daß es gelungen war, uns in dem reaktionären Uresleben durchzusetzen, wurde die Weiter-fahrt angetreten. Mit wehenden Fahnen und klingendem Spiele, begleitet von dem Wutgeheul der Unterlegenen, rollten die schwarzrotgoldenen Kampfwagen zum Dorfe hinaus. Nach diesem Erlebnis folgten

prächtige republikanische Kundgebungen

in Nordgermersleben, Groß-Rottmersleben, Schadenleben und Hundisburg, wo die Bevölkerung stundenlang gewartet hatte. Es dunkelte bereits, als sich die Kolonne Uresleben näherte. In der Hundisburger Chaussee gab es eine Ueberraschung. Hier war das Reichsbanner mit Kapelle und Fackeln angetreten. Mit flotter Marschmusik ging es durch den Ort nach dem Lindenplatz. Ganz Uresleben war auf den Beinen. Nach einer kurzen, eindrucksvollen Kundgebung wurde die Weiterfahrt angetreten, und eine Viertel-stunde später raste der Lastzug durch die Straßen der Stadt Neuhaubensleben. Auf dem Marktplatz herrlicher Empfang durch die zurückgebliebenen Kameraden und Angehörigen. Eine kurze Ansprache, in der der Erfolg der Fahrt bekannt-gegeben wurde, und die Propagandafahrt hatte ihr Ende erreicht.

Die Fahrt im schwarzrotgoldenen Kampfwagen wird allen Teilnehmern unvergeßlich bleiben. Sie alle, sowohl die Kameraden Kreuz, Tramp, Karbaum und Wegner, die in über 20 Kundgebungen zu der Bevölkerung gesprochen hatten, als auch die übrigen Kameraden, die das Opfer der beschwerlichen Fahrt gebracht, haben Dienst für die Republik geleistet. Ihr jähnter Lohn wird darin bestehen, daß am 26. April der republikanische Kandidat Marx als Sieger aus dem Wahl-kampf hervorgeht. Dazu bedarf es der Anspannung aller Kräfte. Deshalb: Freizig ans Werk unter der Parole:

Es lebe die Republik!

Durch die Jerichower Lande.

Auch durch die Kreise Jerichow 1 und 2 wurden drei erfolg-reiche Fahrten vom Reichsbanner durchgeführt. Wir veröffent-lichen darüber folgende Berichte:

Zu einem Siegeszug für die Republik gestaltete sich die vom Volksblod arrangierte Propagandafahrt zur Reichspräsidenten-wahl, die die Orte Parchau, Jhleburg, Güssen, Pary, Verben, Ferchland, Kiehnitz, Jerichow, Fisch-beck, Kabelitz, Wust, Meltow, Wriezt, Groß- und Klein-Wulkow und Genthin berührte. Überall wurde das mit den Reichsfarben geschmückte und der Reichsbannerkapelle besetzte Auto mit Jubel begrüßt. Die Marsche der Kapelle lockten in allen Orten die Einwohner auf die Dorfplätze. Die An-sprachen hielt Stadtbordner Keimelt jun. (Wurg). Die Kameraden des Reichsbanners, in den Ortschaften ließen es sich nicht nehmen, auf Nädern das Auto zu begleiten; selbst ein lang anhaltender Regen war nicht imstande, den republikanischen Enthusiasmus zu vertreiben.

Mit besonderer Begeisterung wurde das Auto in Jhle-burg empfangen. Die Kundgebung war imposant. Man gelobte, alle Kräfte anzuwenden, um Marx zum Siege zu verhelfen und Hindenburg eine Niederlage beizubringen. Am nächsten Sonntag werden die Wähler durch ihre Stimmabgabe zum Ausdruck bringen, daß an die Spitze des Reiches der Republikaner Marx gehört. So ja die Republik!

Nieder mit Hindenburg

und seinen reaktionären Hintermännern!

Auch die zweite Fahrt war eine sehr erfolgreiche Wahl-propaganda für den Volksblod. Die Fahrt ging durch den öst-lichen Teil des Kreises Jerichow 1, über Grabow, Thees-en, Küfel, Wüstenjerichow, Drewitz, Magdeburger-forth, Schopsdorf, Biejar, Köpernitz, Budau und den südlichen Teil des Kreises Jerichow 2, nämlich Kaplitz, Tucheim, Dreßel, Gladau, Schatzberge, Hohen-seeden und Neesen. Mit flotter Marschmusik der Reichs-bannerkapelle Wurg führten wir in die Dörfer ein. Die Ein-wohner versammelten sich auf den Dorfplätzen, so daß den Red-ner Blum und Giese Gelegenheit gegeben war, vor den zahl-reich erschienenen Markzulegen, worauf es am kommenden Sonntag ankommt: daß jeder ehrlich denkende Deutsche nur einzig und allein gegen Hindenburg für Wilhelm Marx die Stimme abgeben kann.

In verschiedenen Ortschaften war die Beteiligung der Ein-wohnerschaft so stark, daß zwei Versammlungen abgehalten werden mußten. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik wurde überall die eindrucksvolle Kundgebung beendet. Die Reichsbannerkapelle erfreute die Erschienenen durch den schneidig vom Vortrag getragenen Reichsbannermarsch. Während der Kundgebungen wurden von Reichsbannerkameraden die vom Volksblod herausgegebenen Flugblätter im Orte verteilt.

In Dreßel fand eine große Versammlung im Saale statt, welche sehr stark besucht war. Gegner meldeten sich nicht zu Worte. In einzelnen Orten glaubten einige Gegner unsere Kundgebungen stören zu können, so u. a. in Budau bei Biejar, wo gerade eine Übung der Feuerwehr stattfand. In diesem Orte zeigte es sich, daß der Aufseher mit der Spritzenkugel nicht die Mehrheit der Einwohner hinter sich hat, er wurde von seinen eignen Leuten mit derben Ausdrücken zur Ruhe gebracht.

Der Erfolg des Volksblods war großartig. Ohne Zwischen-fälle kehrten die Teilnehmer nach Wurg zurück. Eine Rundfahrt durch Wurg beschloß die imposante Wahlpropaganda gegen Hinde-nburg. Die schwarzrotgoldenen Farben sind erfolgreich durch die Jerichower Kreise getragen worden. Das wird sich bei der Stimmabgabe am 26. April auswirken.

für den Republikaner Marx.

zum Schaden für die Reaktionäre mit ihrem Hindenburg. Auch die dritte Fahrt durch den südöstlichen Teil des Kreises Jerichow 1 wurde zu einer wichtigen Kundgebung gegen Hinde-nburg und für Marx. Die Propagandafahrt berührte die Orte Nedlitz, Zeddenitz, Möckern, Jeppernitz, Loburg, Klepp, Sobek, Reickau, Ladeburg und ging dann über Möckern, Wallwitz, Behlitz und Gommern nach Wiedersich. Die Musikkapelle des Reichsbanners der Orts-gruppe Wiedersich hat in hervorragender Weise zu dem guten Ge-lingen der Propagandafahrt beigetragen. Überall wurden die kräftigen Marsche der Reichsbannerkapelle mit Begeisterung auf-genommen.

Wald füllte sich überall der Dorfplatz mit Zuschauern, die dann aufmerksame Zuhörer der beiden Redner, Jugendleiter Wegner (Jerich) und Stadtrat Riffel (Wurg), wurden. Be-sonders wichtig gestalteten sich die Demonstrationen in Möckern und Loburg. In das Hoch auf die Republik stimmten alle Zuhörer begeistert ein. Der nächste Sonntag wird zeigen, daß die Republik nicht etwa dem Wunsch der Reaktion entsprechend an Anhängern verliert, sondern ganz erheblich an Wählern zu-nehmen wird. Die Reichsfarben Schwarzrotgold, die mit so großer Begeisterung begrüßt und denen die Zuschauer von Straße zu Straße, von Ort zu Ort huldigten, werden am nächsten Son-natag die Siegesfarben der Wahlschlacht sein. —

Nachrichten aus der Provinz.

Die Gewerkschaften und die Erwerbslosenfürsorge.

Die Bezirksausschüsse des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Sachsen-Anhalts und Thüringens hatten zum 10. April eine große Tagung der Arbeitnehmer-Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise nach dem „Volkspart“ in Halle einberufen. Sie war die erste ihrer Art. Ihr Zweck bestand darin, die Arbeitnehmervertreter über die für die Arbeitsvermittlung und die Erwerbslosenfürsorge bestehen-den gesetzlichen Vorschriften aufzuklären und die Stellung der Ge-werkschaften zu den Funktionen jener Verwaltungsausschüsse zu besprechen. Das sind bei der Bedeutung der Arbeitsnachweise für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften jedenfalls recht löbliche und wichtige Bestrebungen. Anwesend waren rund 120 Vertreter aus allen größeren Orten des Bezirkes, darunter auch Vertreter von Regierungen und größeren Städten.

Zunächst sprach Ministerialrat Otto, Leiter des Thüringer Landesamts für Arbeitsvermittlung, über die „Aufgaben der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise“. Nach einer Schilderung der geschichtlichen Entstehung der öffentlichen Arbeitsvermittlung erörterte er namentlich das geschäftliche Gebiete eines Arbeitsnachweises. Die Arbeitnehmervertreter sollten nicht nur zu den Sitzungen des Ver-waltungsausschusses kommen, sondern auch sonst in reger Ver-bindung mit dem Arbeitsnachweise sein.

Interessant war das zweite Referat über „Arbeitsver-mittlung und Erwerbslosenfürsorge“, das vom Mitgliede des Vorstandes des Allgemeinen deutschen Gewerkschafts-bundes Splieth (Berlin) gehalten wurde. Er besprach eine Reihe Probleme der Erwerbslosenfürsorge und betonte dabei, daß wir so leicht nicht aus der wirtschaftlichen Krise herauskommen werden. Die Arbeitslosigkeit von heute hat meist andern Charakter als vor dem Kriege. Der Arbeitsnachweise darf nicht mehr das Stiefkind der Gemeindeverwaltung sein. Er muß größte Selbst-verwaltung erhalten und unmittelbar in die Wirtschaft gestellt und von dieser getragen werden. Die Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit müssen verstärkt werden. Die jetzige Ein-richtung zwingt zum Einheitsbeitrag in dem Sinne, daß der zu erhebende Versicherungsbeitrag für seinen in Hunderten aus-gebrühtem Verhältnis zum Lohn überall gleich sein muß.

Die Unterstützung muß nach der Lohnhöhe abgestuft werden, ähnlich wie das Krankengeld der Krankenkassen. Die Unternehmer sollten nicht so sehr darüber klagen, daß angeblich die Beitrags-sätze zu hoch sind. Die Arbeiter sind bereit, für den Ausbau der Fürsorge höhere Mittel aufzubringen. Die Wirtschaft kann die sozialen Lasten noch tragen. Es ist ein großer Mibefimm, daß viele Kreise der landwirtschaftlichen Arbeiter von der Beitrags-pflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit sind. Wenn im Arbeits-nachweise der Zwang der Arbeitgeber zu Meldung offener Stellen eingeführt würde, so sei damit nicht viel gelosert. Da würde man schon lieber zum Benutzungszwang des Arbeitsnach-weises kommen.

Der Redner erörterte dann noch die Frage der Pflicht- und Notstandsarbeiten. Es sind neue Bestimmungen auf dem Wege, welche die Arbeitspflicht mehr den praktischen Ver-hältnissen anpassen. Auch die Notstandsarbeiten erfahren eine Milderung, die Unterscheidung von großen und kleinen hört auf. Die Aussprache war sehr lebhaft. Zunächst äußerte sich Bürgermeister Genosse Klees (Mehrsleben) dahin, daß der jetzige Zustand, nach dem die Erwerbslosenunterstützung halbe Fürsorge, halbe Versicherung ist, bald aufgehoben werden müsse. Es ist widersinnig, daß Arbeitnehmer, die Beiträge bezahlt haben, oft keine Unterstützung bekommen, umgekehrt dagegen zuweilen solche Leute Fürsorge erhalten, die nichts bezahlt haben. Das Aufsichtsrat der Aufsichtsbehörden geht heute viel zu weit. Die Verwaltung der Erwerbslosenfürsorge ausschließlich partiellisch zu-sammengesetzten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerausschüssen zu übertragen, wird nicht angehen, weil bei den starken grundsätz-lichen Auffassungen dieser beiden Gruppen ein neutrales glätten-des Element vorhanden sein müsse.

Arbeitersekretär Westphal (Erfurt) stellte sich die Organi-sation so selbständig vor, wie die der Krankenversicherung in der Gestalt der Krankenkassen. Die weiteren Verhandlungen drehten sich um das Beitrags-einzugsverfahren. Ferner um den heute noch im Gesetz vorhandenen Satz, daß die Fürsorge nur für „Erwerbslosigkeit infolge des Krieges“ gewährt wird, usw. Die Referenten hielten dann Schlußworte, in denen sie auf die Ergebnisse der Aussprache eingingen. Mit den Notstands-arbeiten müsse vorzüglich umgegangen werden. Es dürfen keine Arbeiten unternommen werden, die, wie z. B. Straßenreinigung, Straßenbau usw., von regulären Lohnarbeitern verrichtet werden müssen. Die Arbeitnehmervertreter müssen mit der gewerkschaft-lichen Zentrale dauernd in regster Fühlung bleiben. Die Arbeit-nnehmer müssen, da Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge ihre Angelegenheiten sind, ihren Einfluß auf dem Arbeitsnach-weis geltend machen. —

Neue Wege der Oedlandkultivierung.

Die Urbarmachung des Oedlandes erfolgt seit 1912 durch Kultivierung fiskalischer Moore in eigener Verwaltung. Hierzu ist auf Grund des Gesetzes vom 9. Februar 1924 über die Bereit-stellung von Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung pri-vater Heide- und Moorländereien durch den Staat und mit Unter-stützung aus Reichsmitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Urbarmachung von drei großen Oedlandflächen in der Pro-vinz Hannover gekommen. Ferner werden seit einem Jahre Bodenverbesserungs-genossenschaften aus Reichs- und Staats-mitteln unterstützt.

Hierzu wurde das Staatsministerium in einer kleinen An-frage preußischer Zentrumsabgeordneter gefragt, ob es bereit sei, auch die Urbarmachung vom Hofe aus, die besonders für die Bildung neuer Stellen wichtig sei, in geeigneter Weise zu fördern.

In seiner Antwort weist der preußische Landwirtschafts-minister, dem „Antlichen Preußischen Presseblatt“ zufolge, auf das große Interesse hin, mit dem die Staatsregierung die Fort-schritte der Oedlandkultivierung durch Urbarmachung vom Hofe aus verfolge. Eine neuerdings veranstaltete Rundfrage hat er-gaben, daß die seit dem 1. Januar 1919 durch Einzelbezieher vom Hofe aus kultivierten Moor- und Oedländereien etwa 45 000 Hektar umfassen.

Aus dem Fonds zur Förderung der Landwirtschaft können Staats- und Provinzialbeiträgen nur in geringem Umfange ge-geden werden. Daneben kommt im Haushaltsjahr 1925 nur der Oedlandkulturfonds für die Provinz Hannover mit 80 000 Mark und für die Provinz Schlesien-Hollstein mit 20 000 Mark in Frage. Hierzu treten die Beiträge der Provinzen in gleicher Höhe. Eine Förderung darüber hinaus ist im laufenden Rechnungsjahre nicht möglich; auch konnten bisher Meliorationsarbeiten aus dem sogenannten Reichskulturerbe nicht gegeben werden, da bei Einzelkulturen Erwerbslose nicht beschäftigt werden und die Arbeitsmittel bisher nicht einmal einigermassen zur Dedung des Arbeitsbedarfs der öffentlichen Meliorationsverbände reichten. Die Staatsregierung wird jedoch bemüht sein, für die Kultivierungen vom Hofe aus Kreditmittel zu beschaffen. —

Stadtkreis Wurg.

Ortsansatz- und Vorstand-Konferenz. Zur Arbeitsnach-weis-Konferenz wurde Genosse Kruke beigesteuert. Die bisherigen Vorbereitungen zum Kreisgemeinschaftsfest in Loburg am 10. Juli wurden bekanntgegeben. Jedes Gemeindeglied ist dazu ein-geladen. Ebenso wird erwartet, daß sich die Genossen aus den Kreise zahlreich daran beteiligen. Nähere Mitteilungen werden

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. April 1925.

Frei Heil!

Endlich gibt's kein Hin und Her Und auch kein Verstecken spielen: Richtumflutet strahlt die Wehr — Düst're Nebelschleier fielen.

Unverschleiert breiten sich In fernem Lichte Weiten, Und das Ziel ist sicherlich Wert die Straße zu durchschreiten.

Schwarzrotgoldenes Banner stieg Uns voran in allen Stürmen. Heil! es gilt die Republik!

Heut und allezeit zu schirmen!

D. Wolff Maese.

Wahlscheine zur Präsidentenwahl.

Wer am Wahlsonntag 26. April, aus beruflichen oder sonstigen Gründen von seinem Wohnort abwesend ist kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen. Inhaber von Wahlscheinen können dann in jedem beliebigen Bezirk des Deutschen Reiches wählen. Wer im Ausland ist, sehe zu, am Wahlsonntag die Grenze zu überschreiten, um am nächsten deutschen Grensort zu wählen.

Wo erhält man den Wahlschein? Bei der Gemeinde seines Wohnortes. In Magdeburg an folgenden Stellen:

- 1. Im Magistrats-Konferenzzimmer des alten Rathauses, Eingang vom Alten Markt.
2. Im Verwaltungsbureau Sudenburg, Halberstädter Str. 99.
3. Im Verwaltungsbureau Neustadt, Eingang Nikolaisstraße.
4. Im Verwaltungsbureau Budau, Schönebecker Str. 37.
5. Im Verwaltungsbureau Rothensee, Klagensstraße 21.
6. Im Verwaltungsbureau Tracau, Potsdamer Straße 6.
7. Im Verwaltungsbureau Südost, Alt-Fermersleben 34.

Wer also voraussichtlich am 26. April nicht in Magdeburg ist, besorge sich rechtzeitig einen Wahlschein.

Des Volkes wahrer Himmel.

Hier ist des Volkes wahrer Himmel, Zufrieden jauchzet groß und klein: Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.

Des Dorfes Festtagsgetümmel ist es, das Goethe mit diesen Versen seiner Faust-Dichtung meint. Des modernen Großstadtvolkes wahrer Himmel ist ein Vergnügungspart, ein Bubenzauber von der Art, wie er in diesen Tagen seine Zelte am Ufer der Elbe, dem ehrwürdigen Dom gegenüber, am Eingang des Rotehornparkes aufgeschlagen. Das schöne Frühlingswetter des letzten Sonntags war dem Unternehmen günstig gestimmt. In Massen durchströmten die Magdeburger Männer und Frauen „mit Kind und Kegel“ die für einen solchen Andrang noch viel zu schmalen Gänge zwischen den Büden und Zelten. Alle die Menschen fühlten sich einen seligen Nachmittagslang frei und ohne Sorgen, nahmen jeden Spaß als Spaß hin, waren fröhlich und bereit zum Lachen wie glückliche Kinder. Ob die Sonne dem Trubel festlich leuchtete oder ob sie nur durch einen vorüberwehenden Wolkenflecker milde lächelnd herabsah — alle Menschen und alle Dinge hatten heute ein heiteres Angezicht. Die Mädchen sahen ohne Ausnahme schön wie Helena aus und selbst die Stahlhelmjünglinge, die sich doch über das „gemeine Volk“ erhaben dünken und denen immer große Schlachtpläne für den Nachkrieg gegen die Franzosen im Schädel rumozern, bemühten sich in anerkennenswerter Weise, friedliebend in das Treiben zu schauen.

Die einzigen, die nicht friedliebend in die Welt blickten, war eine Schar kleiner Weissen, die auf ihren Stangen, an kurzen Ketten angehängt, hin und her und auf und ab balancierten und sich dauernd mit einem jungen Hund zum Vergnügen aller Kinder, die am liebsten, selbst noch freitragliche Weissen, das grausame Spiel mitgespielt hätten, neckten und zankten. Wer der sammelnden Frau einen Fünfer gab, konnte ungehindert eine Viertelstunde lang und länger um die dreißigsten Tierchen, die auf ihren Namensruf ihrem Herrn gehorchten, herumtrotzen. Das taten auch viele Besucher des Vergnügungsparks, denn der Mensch erinnert sich gern seiner Vergangenheit. Die jungen Mädchen allerdings gingen zumeist schnell wieder weiter, denn eitles Gebaren anderer Leute und anderer Geschöpfe ist eine verächtliche, nicht einmal belächelnde Angelegenheit.

Wenige Schritte von der Speisestube entfernt wird aufgefodert, in den Hippodrom zu kommen. Dort könnte man wahrhaft klassisch Reiterkunststücke sehen. Sie werden lachen, Sie werden sich amüsieren! So schallt's von überall her. Da ist eine hohe Nutzfahrbahn. Auf einem — für den Betrachter sitzend, kann man aus schwindelnder Höhe in eleganter Wellenlinie herabschlittern und sich unten fürsorglich auffangen lassen. Auf einem Tunnelkarussell kann man hinauf und hinunter, durch Nacht und Tag, und immer rundum in bequemem Sitzen fahren. Wie eine Blumengirlande prächtig gelber und roter Rosen leuchten die Dichter der Karusselle, wenn die Fahrt in den Abgrund, ins Dunkle geht. Eine „richtiggehende“ Dögel sorgt für feierliche Stimmung und Klänge. Für Probefahrten auf dem Motorrad ist eine besondere kleine Rundbahn abgegrenzt. Ein Windmühlkarussell mit Dampftriebwerk dreht sich mit vollbesetzten Körben in raschem Tempo. Wer dange war, ob er lebend wieder aussteigen würde, hat sich vorher beim Schnellphotographen gegenüber noch einmal knippen lassen. Noch Vorsichtiger wählen lieber das alte traditionelle Zieh-Schimmel, -ziehl! -Karussell mit Pferden und Wagen und sehen die Kinder auf das Schaukel-Karussell, auf dessen Sitzen sie sorgsam festgebunden werden können.

Einem orientalischen Lachtempel reiht sich ein Flohmarkt an. Auch eine exotische Kleintierzoo wartet auf Besucher. Die große Gebirgsbahn schlingt von den rollenden, in den Himmel flatternden und sich hinabschwebenden Wagen. Ein Karussell schwebender Autos und ein Pferdekarussell für Kinder brauchen nie lange auf Besucher zu warten. Auf einem Karussell mit lauter Fahrädern kann man das Grufeln lernen, denn wer auf solch einem Fahrrad in rasender Fahrt fährt und nicht bremst und nicht herunterpringen kann, hört immer hinter sich das Knattern eines Motorrades. Unablässig befragen wird eine Schimmelreiter, auf der man sich seine Beine, je nach Bedarf, kilometerlang ausrecken kann. Aus dem Zelte der Original-Sporttruppe dröhnt die Begeisterung der Bogensportbeher. Ein ganz merkwürdiges Schmelzkarussell, das sich jeder schon selbst ansehen muß, belüftet außerordentlich. Die Kleinen haben ihre helle Freude an

Neue Tarife für Gas, Strom und Wasser.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage zu geben lassen, die eine Reform der Tarife der städtischen Werke will, und die beabsichtigt, die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser zu ermäßigen. Aus der Vorlage geben wir auszugsweise nachfolgendes wieder:

Das bei der Bemessung der Werkstarife der reine Einheitsfuß niemals ein gerechtes Entgelt für die Leistung des Werkes darstellen kann, ist allgemein anerkannt. Der Grund ist darin zu suchen, daß bei jedem Anschluß, gleichviel ob es sich um Gas, Wasser oder Elektrizität handelt, die festen Kosten, die durch Vorkaufung des Leitungsnetzes und des Messers, durch Ableitung usw. entstehen, erheblich sind und deshalb bei geringerem Verbrauch durch den Aufschlag auf die Selbstkosten je Verbrauchseinheit keine Deckung finden. Demgemäß wurden auch in der Vorkriegszeit bei den Werken der Stadt Magdeburg durchweg neben den Preisen je Ver. auch eine Einheit feste Grund- und Meßgebühren erhoben, beim Gaswerk als Messermiete, beim Elektrizitätswerk als Wasserzins. Es ist deshalb im Anschluß der Licht- und Wasserwerke die Frage eingehend geprüft worden, inwiefern die Einführung von Grund- und Meßgebühren auch jetzt wieder notwendig erscheint. Hierbei ist der Ausschuss nach eingehender Beratung zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Beim Gaswerk.

Die festen Kosten für jeden Anschluß, (Unterhaltung, Verzinsung und Abschreibung des jetzt etwa 40 bis 50 Mark kostenden Gasmessers, der Rohrleitungen, Kosten der Ableitung usw.) sind auf mindestens 15 Mark jährlich zu veranschlagen. Die Gasmessermiete der Vorkriegszeit ist ab 1. April 1925 nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil sie durch die Inflation immer weniger ins Gewicht fiel, zur Aufhebung gekommen. Statt dessen ist nur die Bestimmung übriggeblieben, daß bei einem monatlichen Gasverbrauch bis zu 5 Kubikmetern in jeder Haushaltung eine Grund- und Meßgebühr in Höhe von einem Kubikmeter erhoben werden soll. Tatsächlich sind auch fast sämtliche Städte aus den angegebenen Gründen wieder zur Einführung einer Grund- und Meßgebühr übergegangen, wobei zum Teil zur Herabdrückung des Einheitspreises außerordentlich hohe Grundgebühren zur Einführung gelangt sind. Aus sozialen Gründen empfiehlt es sich, den Städten bei der Festsetzung der Grund- und Meßgebühr hierin nicht zu folgen; vielmehr erscheint es angemessen, für den in den Haushaltungen gebräuchlichen kleinsten Gasmesser von drei bis fünf Flammen über eine Grund- und Meßgebühr in Höhe von 50 Pfg. monatlich nicht hinauszuweisen, obwohl diese Höhe zur Deckung der einmaligen festen Kosten keineswegs ausreicht. Durch die Einführung einer Grund- und Meßgebühr in dieser Höhe entfällt eine Mehreinnahme von 800 000 Mark, welche zur Herabsetzung des Einheitspreises für Gas Verwendung finden soll, und zwar in der Weise, daß für einen Monatsverbrauch bis zu 30 Kubikmetern ein Satz von 20 Pfg. je Kubikmeter, für den überschüssigen Teil ein Satz von 15 Pfg. je Kubikmeter erhoben wird. Dieser Staffel-tarif ist gewählt worden, weil es infolge des Wettbewerbens von Gas mit anderen Brennstoffen unbedingt notwendig erscheint, den Großverbrauchern das Gas zu billigerem Preise zu liefern und zugleich einen Anreiz zu einer Steigerung des Verbrauchs zu geben. Im ganzen sind die Grund- und Meßgebühren für die Gasmesser der einzelnen Größen wie folgt in Aussicht genommen:

Für jeden Gasmesser wird eine Grund- und Meßgebühr erhoben, dieselbe beträgt monatlich unter entsprechender Verteilung auf den Ableitungstramm: für 3-, 5- und 10flammenige Gasmesser 50 Pfg., für 20-, 30-, 40- und 50flammenige Gasmesser 1 Mark, für 60-, 80- und 100flammenige Gasmesser 2 Mark, für 125- und 150flammenige Gasmesser 3 Mark usw. Bei dem Gas aus Müllgasmessern soll ohne Grund- und Meßgebühr ein Einheitsstarif von 25 Pfg. erhoben werden.

Beim Elektrizitätswerk.

Zurzeit wird eine Grund- und Meßgebühr von 20 Pfg. monatlich = 2,40 Mark jährlich erhoben. Die festen Kosten sind infolge der geringeren Kosten für den Zähler (12 bis 15 Mark) geringer als beim Gaswerk. Außerdem kommt in Betracht, daß die Kleinverbraucher hier zumeist unter den höhern

allgemeinen Tarif von 45 Pfg. fallen. Anders ist jedoch die Frage beim allgemeinen Kraftstromtarif. Hier ist die jetzige Berechnung je Kilowattstunde mit 25 Pfg. für das Werk bei günstiger Ausnutzung des Anschlusses fragbar. Es wird daher hier die Einführung einer besonderen Grund- und Meßgebühr vorgeschlagen unter gleichzeitiger Herabsetzung des Einheitspreises von 25 Pfg. auf 22 Pfg. Im einzelnen sind folgende Grund- und Meßgebühren in Aussicht genommen:

In Stelle der jetzigen Grund- und Meßgebührensätze soll eine Grundgebühr von 24 Mark für das Kilowatt treten, die sich für größere Anlagen stufenweise senkt. Es ergibt sich folgende Preistafel: bei Kraftanlagen bis 0,5 Kilowatt monatliche Gebühr 1 Mark, bis 1 Kilowatt 2 Mark, bis 1,5 Kilowatt 3 Mark, bis 3 Kilowatt 6 Mark, bis 6 Kilowatt 10 Mark, bis 10 Kilowatt 15 Mark, bis 15 Kilowatt 20 Mark usw. Für alle Großabnehmer und Abnehmer mit Sondertarifen bleiben die bisherigen Sätze bestehen.

Beim Wasserwerk.

Hier kommen bei den festen Kosten die Kosten des Wassermessers in Betracht, da dieser dem Anschlußinhaber gehört. Um auch hier von den Anschlüssen mit geringem Verbrauch einen höheren Betrag zu erhalten, hat der Ausschuss der Licht- und Wasserwerke sich mit der Festsetzung einer Grund- und Meßgebühr von 1 Mark einverstanden erklärt, ist dabei jedoch zur Schonung der Siedlungshäuser bei der Festsetzung außerordentlich weit herübergegangen, und zwar soll die Grund- und Meßgebühr vierteljährlich 1 Mark betragen, wobei auf diese Gebühr für jedes verbrauchte Kubikmeter Wasser 5 Pfg. bis zur Nullgrenze zugute gerechnet wird, so daß also Anschlüsse mit mehr als 20 Kubikmetern vierteljährlichem Verbrauch eine Grund- und Meßgebühr überhaupt nicht zu zahlen haben. Eine nennenswerte Mehreinnahme einkteht hierdurch nicht. Die gesamte Mehreinnahme ist nur auf 3000 Mark veranschlagt.

In der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstag wird über diese Vorlage beschloffen werden.

Die Haushalte der verbenden Werke.

Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordneten-Sitzung stehen auch die Haushaltspläne des städtischen Gaswerks, des Elektrizitätswerks und des Wasserwerks. Wie wir erfahren, sind diese Haushaltspläne im Haushaltsausschuß noch nicht beraten worden, so daß eine Verschiebung am Donnerstag noch nicht möglich sein wird. Aus den Plänen selbst möchten wir folgende Einzelheiten festhalten:

Der Haushalt des Elektrizitätswerks bringt diesmal einen Ueberschuß von 2 1/2 Millionen Mark bei einem Abgang von rund 30 Millionen Mark. Die Stromerzeugung selbst beträgt 38 Millionen, die Hälfte davon muß als Fremdstrom bezogen werden. Im letzten Vorjahrsbudget wurden nur 18 Millionen Mark abzugeben und 1 1/2 Millionen Mark Ueberschuß erzielt. Für Neuanlagen sind 1,4 Millionen Mark eingelegt, darunter die erste Rate für eine zweite 5000-Kilowatt-Turbine.

Das städtische Gaswerk hat einen Ueberschuß von 808 000 Mark vorgezogen, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Insgesamt sollen 18,3 Millionen Kubikmeter Gas erzeugt werden. Eine leichte Aufwärtsentwicklung ist hier ebenfalls zu verzeichnen, die sich auch im erhöhten Reingewinn ausdrückt.

Der Reingewinn des Wasserwerks soll 544 000 Mark, gegen 558 000 Mark im Vorjahr, ausmachen. In Friedenszeiten brachte das Wasserwerk in der Regel nur 70- bis 120 000 Mark Gewinn. Die Stadt braucht jedoch Geld. Eigne Steuerquellen stehen ihr nur in beschränktem Maße zur Verfügung, weshalb sie auf diese Einnahmequelle zurückgreifen muß.

Alle städtischen Gemeinden haben in der Nachkriegszeit ihren Etat wesentlich stützen müssen aus den Gewinnen ihrer eignen Industrie-Unternehmungen, den sogenannten verbenden Werken. Dieser Zustand wird verursacht durch die Befreiung der Steuerhoheit der Gemeinden, ist aber für die Verbraucher ein äußerst ungesund. Solche gemeindliche Finanzwirtschaft kann nicht von Bestand sein.

Kasperletheater. In allen Ecken und Enden stehen auch Würfelbuden, also man für sein Geld Spielzeug für die Kinder, Wälle, Ringe, Anarren und Fährchen oder nichts gewinnen kann, wenn Fortuna nicht hold. Ein A laus-Spielchen will dem Kiefernrad Konkurrenz machen, dessen Schwüngen und plötzliches Stillstehen vielleicht, vielleicht auch nicht, einen schönen Haushaltungsgegenstand gewinnen lassen.

Selbstverständlich werden überall Zigaretten, Zigaretten, Pfefferkuchen, Schokolade, Bonbons und andre Süßigkeiten feilgeboten. Kokosnüsse und Obst sind zu haben. Eine orientalische Konditorei, eine Schmalz- und Butterkuchenfabrik, ein Eispaß, eine Mohntautenfabrik und eine amerikanische Zuckerspinnerei empfehlen sich. In Karl Meujels Kiefernzeit kann der erschöpfte Perumtrinker ein Glas Bier trinken und ein Paar Würstchen verzehren. Würstchen, Nostbratwürste, Brattheringe und Kollmöpfe kann er im Stehen überall dundungsweise beziehen, wenn er das nötige Kleingeld eingestekt hat.

Das Hin und Her und Auf und Ab des Nummelplatzgebranges verläuft sich wohl am besten mit dem ungeheueren, leicht schwebenden Hin und Her und Auf und Ab in der Luftschaukel, die nicht totzukriegen ist. Beischnigt und ziellos über alle Köpfe hinweg hin und zurück zu gleiten, zu steigen, zu sinken und wieder zu steigen, ist herrliches Gefühl, Mitten des Erlöscheins von der Erden schwere. Die Luftschaukel ist mit Ausnahme ganz alter Leute für jeden da, denn es ist niemand zur Pflicht gemacht, den lungenauspustenden Anstrengungen der Jugend, am höchsten zu klimmen, nachzusehen. Noch einmal kann man, von hoch oben herab, das fröhliche Getümmel überblicken und „groß und klein zufrieden jauchzen“ sehen, um dann selbst zufrieden mit diesem Tag in die Stadt zurückzufahren.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Sudenburg. Sitzung sämtlicher Funktionäre und Wahlhelfer am Mittwoch den 22. April im kleinen Saale der Sudenburger Festhalle.

Bezirk Fermersleben. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Kruze. Sämtlich: Funktionäre, Wahlhelfer und Flugblattverbreiter müssen an der Versammlung teilnehmen.

Bezirk Salbke. Am kommenden Freitag abend 8 Uhr, Frauen-Unterhaltungsaabend in der „Kaiserhalle“.

Die neue Hauszinssteuerverordnung.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat die gemäß Artikel 55 der Verfassung in Uebereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuß des Landtags mit Gesetzeskraft erlassene Verordnung über die Erhöhung der Hauszinssteuer, die bekanntlich am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, zur Kenntnisnahme zu-

gehen lassen. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Steuer ergab sich vor allem aus der unabwiesbaren Aufgabe des Staates, den Gemeinden mit starkem Wohnungsmangel helfend beizustehen, denen nur geringe öffentliche Wohnungsbaukosten zur Verfügung stehen.

Wie stark die Verhältnisse in der Höhe der öffentlichen Wohnungsbaukosten bereits in den einzelnen Bezirken des Staatsgebietes sind, zeigt folgender zum Teil allerdings nur auf Schätzungen beruhender Vergleich, den der „Alltägliche Preussische Pressedienst“ der Begründung des Entwurfs entnimmt. Es werden z. B. im laufenden Jahr an gemeindlichen Wohnungsbaukosten aus der Hauszinssteuer etwa zur Verfügung stehen auf den Kopf der Bevölkerung: in Berlin 16 Mark, in den Regierungsverwaltungsbereichen Potsdam 4,50 Mark, Steinf 3,80 Mark, Köslin 1,80 Mark, Marienwerder 2,65 Mark, Mittenstein 1,80 Mark, Königsberg 3 Mark, Schneidemühl 1,50 Mark, Posen 2,80 Mark, Oppeln 1,95 Mark, Merseburg 4,25 Mark, Schleswig 4,90 Mark, Hannover 6,90 Mark, Danabrad 2,60 Mark, Rastatt 3,40 Mark, Koblenz 1 Mark, Düsseldorf 6,25 Mark, Köln 6,40 Mark, Trier 80 Pfg.

Allein diese Zahlen weisen, wie in der Begründung betont wird, auf die Notwendigkeit eines stärkeren Ausgleichs hin, der außerdem auch deshalb geboten ist, um eine allgemeine Steigerung der Baukosten, die infolge des verhältnismäßig starken Zusammenstufes öffentlicher Wohnungsmittel an einzelnen Stellen leicht unvermeidbar wäre, nach Möglichkeit zu unterbinden.

Der Schüler als Lehrer.

Auf der Anklagebank sitzt der Vorsitzende des Elternbeirats einer Lichtenberger Gemeindeschule. Ein „Meiner Mann“, offenbar mit einer gewissen Anstrengung für den Tag des Gerichts angezogen. Auf einen Verteidiger hat er verzichtet, ihm genügt das eigne wohlgeübte Mundwerk. Ein paar juristische Stichwörter und die dazu gehörigen Paragraphen hat er sich aufgeschrieben.

Er hat in einer Versammlung des Schulbeirats einen Lehrer einen „Frügelpädagogen“ genannt und dazu noch behauptet, dessen Wissen stünde unter dem einer Arbeiterfrau. Leptere Feuertung befreit er energisch. Er will nur gesagt haben: „Ich will nicht wiederholen, was jemand anders über einen andern gesagt hat. Aber man könnte glauben, daß das zutrifft.“

So gemauert ist er. Denn trotz dieser rätselhaften Form wurde er verstanden. Auch das Wort „Frügelpädagoge“ sei nicht so gemeint, als habe der Lehrer sein Pädagogienrecht wesentlich überschritten. Der Behrer sei eben mit dem Stode rasch bei der Hand gewesen, und seine ganze Art und seine Gesinnung, die gültigen Grundsätze ablehne, kennzeichne den Lehrer als Frügelpädagogen.

Ein fester Nachweis wird versucht, und der Richter, der für die Jugend ein besonders warmes Herz zu haben scheint, läßt durchblicken, daß der Lehrer in der Tat rechtlicher als nötig von dem Stöße Gebrauch macht. Am Ende erfolgt doch die Verurteilung des Angeklagten wegen formaler Verletzung zu 100 Mark Geldstrafe.

Soweit ist das alles nicht sehr wichtig. Aber man hatte zwei Schulkinder als Zeugen benommen — ein 10jähriges Mädchen und einen 12jährigen Knaben. Was sie in beschämenden Lagen vorbrachten, war nicht sehr erschütternd. Schullehrer, die wir alle erlebt haben — ein, zwei Stockschläge, die vielleicht besser unterblieben wären. Die Kinder hatten alle brav und sichtlich der Wahrheit entsprechend ohne Uebertriebung berichtet. Dann begann der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer und man hörte flüchtig die Worte:

„Der Junge wird schon seine Prügel verdient haben — das zeigt schon sein ganzes Verhalten vor Gericht.“

Und man durfte sich fragen: was hatte denn der Junge vor Gericht angestellt, um diesen Satz zu rechtfertigen? Und man erinnerte sich: Einmal hatte der Vorsitzende dem Knaben gesagt: „Nimm die Hände vom Rücken und lege sie an die Hofenast, wie du es gelernt hast.“ Was der Knabe, etwas zitternd, sofort tat.

Ein andres Mal hatte der Vorsitzende die Sprache auf eine Schulpökelei gebracht. Der kleine Junge sagte aus, ein Junge habe ihn wiederholt mit Füßen getreten, da habe er sich zur Wehr gesetzt, und als der Lehrer dazukam, habe es Stockschläge gegeben.

„Nun —“ sagte der Vorsitzende freundlich, „was würdest Du wohl als Richter tun, wenn Du zwei Jungen beim Prügeln erwischst?“

Der Junge befaß sich keinen Augenblick, sondern sagte einfach und natürlich:

„Ich würde fragen, warum sie sich hänen.“
Was der kleine Junge aus Lichtenberg da in aller Stille gesagt hat, ist vielleicht würdig, in (vergoldeten) Lettern in allen Lehrerkonferenzzimmern des Deutschen Reiches angeschlagen zu werden.
Sling in der „Vossischen Zeitung“.

Die englische Krankheit.

Englische Krankheit oder Rachitis verwandelt alljährlich Tausende wohlgenährter Kinder zu Krüppeln, verunstaltet den Kopf, engt die Brust ein, verkrümmt Rücken und Glieder. Wenn auch im Laufe der Jahre und des Wachstums manche Verkrümmungen von selbst wieder verschwinden, so darf das doch von den größten Schäden der Wirbelsäule und der Glieder nicht erhofft werden. Man frage einen Arzt um Rat, nicht einen Wandergäster. Rachitis führt die Entwicklung in der ersten Lebenszeit, die wichtigste für das Gehirnwachstum, verzögert das Gehen und kann zum Auftreten von Krämpfen Veranlassung geben.

Rachitische Kinder unterliegen leichter als gesunde manchen schweren Krankheiten ihres Lebensalters, ganz besonders Krankheiten der Lunge. Denn englische Krankheit hemmt oft durch Einhalten des Brustkorbes die volle Entfaltung der Lungen, schwächt den Körper und vermindert seine Widerstandsfähigkeit.

Im ersten Beginn ist die englische Krankheit nur vom Arzte zu erkennen. Deshalb soll die Entwicklung der Kinder in der ersten Lebenszeit regelmäßig überwacht werden, wozu für Unbemittelte die Möglichkeit in den Beratungsstellen der Säuglingsfürsorge und der Krüppelfürsorge gegeben ist. Brustkinder werden seltener als künstlich genährte Säuglinge von englischer Krankheit befallen, bleiben aber auch nicht immer verschont.

Durch ungewöhnliches Tragen wird bei rachitischen Kindern die Entfaltung von Wirbelsäulenverkrümmungen begünstigt, ebenso durch Lagerung auf einer weichen Unterlage, statt auf einer ebenen, gut gestopften Matratze. Rachitische Kinder brauchen sehr viel Sonne und frische Luft, sie müssen also soviel als möglich im Freien gebracht werden. Ebenso wie gesunde Kinder sollen sie nur leicht zugebunden werden, damit sie nicht schwitzen und sich nach Herzenslust regen und bewegen können. Vor allem aber muß ein sachkundiger Arzt die Natur der wichtigsten Kindes bestimmen und die sonstigen zur Heilung nötigen Anordnungen treffen. Die Heilung, und damit die Verhütung schwerer dauernder Schäden, tritt bei frühzeitiger sachgemäßer Beratung durch Arzt oder Säuglings-Beratungsstelle nach und mit großer Sicherheit ein.

Die Steinfeldbanern.

Roman von Valentin Brandt.

(39. Fortsetzung.)

„Gegen Abend war der Herr dann mit dem Quellmojer abgegangen. Sein Pferd hatte ihm seine Hand gereicht und sich mit knirschenden Hähnen gegen die Wand gewendet. Einmal hatte sie sich nicht von ihm trennen können. Sie knirschte mit Reinen und Bergzeitung. Erst als die Schritte der Männer auf der Dorfstraße klangen, ging sie schwerfällig gegen das Fenster hin, rief es aus und schrie mit der ganzen Gewalt ihrer Stimme: „Das D' auf wieder!“

Und dann hatte sie das Fenster zugeschlagen und weiter keinen Mut verloren.

„Seit jenem Tage horchte das Steinfeld auf Wohl in die Welt hinaus, die sich so zu seinen Angelegenheiten kümmerte, und ein Unbehagen überfiel jeden, wenn unerwartet die Stubenfenster anging. Alle Juchendstimmungen, die Banern räumten alle Ecken und Winkel der Häuser aus und durchsuchten alle Kammern und Böden. Immer und immer bewegten sich die Schatten merkwürdig in den Straßen.“

„Wann mer am Tod auch an Dich?“

„Werd mer Dich packt?“

„Gib ich mit auch in Wirtshaus mitgemacht?“

„Doch dann hat flatterte die Ammer vor den Schenken.“

„Was hat der Wirt, wo die Männer auf der Wirtshaus zusammenkamen, wo man Freunde brandt, einen Hals zu zerhacken und eine Pfote zu werden.“

„Hab alles was hier oben getroffen.“

„Bist du bester als die besten?“

„Da hab ich keine noch ein Mensch verführen, einen Schenke in der Schenke zu trüben.“

„Hab es hoch und sagte in ihnen, und sie konnten den Gedanken nicht loswerden, daß man sie bald alle gehen werde wie die Teufelswand, die der Maurerwillek jenseits war.“

„Aber hoch immer erst abwarten und dann das Maß bringen.“

„Morgen war ja auch noch ein Tag.“

„Hab wenn die diesen Feind wiederkommen, dann würde das Steinfeld ihre haben, dann reichte keine Hand heraus.“

„Gib Tag sein Unglück.“

„Ja, Knecht, der was sie ist. Die Frau mer mit der-

Bernhard Krull.

Bernhard Krull ist nicht mehr unter uns. Ein Unglücksfall hat seinem Leben ein jähes Ende bereitet. Seit 25 Jahren ist er Mitglied der Partei. Unermüdlich hat er für unsere Sache gearbeitet. Die Partei ging ihm über alles. Als Funktionär wirkte er in der Mitarbeit immer an erster Stelle. Er soll uns in der Tätigkeit für die Partei immer als Vorbild dienen.

Wir betrauern mit seinen Angehörigen den herzlichen Verlust, den auch wir durch seinen plötzlichen Tod erlitten haben. Die Partei wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand. J. A. O. Winger.

Funktionäre, Wahlhelfer und Sittenführer sowie Flugblattverbreiter treffen sich am Mittwoch abend um 8 Uhr

in folgenden Lokalen:

- Wackerhufen bei Hoffmeier
- Saibke in der „Kaiserhalle“
- Buckau bei Bräutigam
- Röhrener Straße
- Lemsdorf im „Volkstfreund“
- Zudenburg in den Sudentenburger Festhätten
- Sied in der „Selbedere“
- Nord bei Goltz
- Wilkensstraße bei Schulze
- Friedenstraße
- Gracau im „Eibgarten“
- Deffauer Straße in Gracau
- Friedrichstadt - Werder im „Liboli“
- Alte Neustadt bei Winter
- Neue Neustadt im „Wintergarten“
- Rothensee bei Jenrich
- Reform-Hofweggärten bei Paul Schreiber

Keiner fehle, denn es ist noch dringende Arbeit zu erledigen;

Schlachthauszwang in den Vororten. Die städtische Pressestelle teilt mit: Vom 1. April d. J. an unterliegen alle Haus- und Schlachthauszwang in den Vororten. Von dieser Vorschrift kann gegen Zahlung einer Verwaltungsgebühr, die für jedes zu schlachtende Tier Mark 3,50 beträgt, Befreiung erwirkt werden. Zur Entgegennahme der Gebühr und Erteilung des Befreiungsscheines sind die Trichinen- und Fleischbeschauer ermächtigt.

Durchführung der Einheitskurzschrift. Auf eine Anfrage hat das Preussische Staatsministerium u. a. folgendes geantwortet: „Die Annahme des Julienturfs von 1922 als Einheitskurzschrift beruht auf einer Vereinbarung zwischen dem Reichsreferat und den Länderregierungen. Für Preußen hat das Staatsministerium durch Beschluß vom 8. September 1924 der Vereinbarung zugestimmt. Der Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. August 1924 ging von der Voraussetzung aus, daß die Bestimmungen zur Schaffung einer Einheitskurzschrift als gezeichnet anzusehen seien. Er ist unter dem 9. Oktober 1924 aufgehoben worden, nachdem sich jene Voraussetzung als nicht zutreffend erwiesen hatte. Im einzelnen ist zu bemerken: Ueber die Durchführung der Einheitskurzschrift in dem Geschäftsbetrieb der Behörden und im Unterricht der Schulen ist ebenfalls zwischen dem Reichsreferat und den Länderregierungen am 17. Oktober 1924 eine Vereinbarung getroffen worden. Nach dieser ist äußerste Eile für die Durchführung der Kurzschrift für Preußen zu treffenden Maßnahmen sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.“

Unterhaltung und Belohnung ist für jeden Menschen heute unentbehrlich. Aber nicht nur um die heutige Zeit zu bestehen, ist es notwendig, daß jeder sich auf dem laufenden hält und den Ereignissen des Tages folgt. Zu einer klaren Weltkenntnis gehört vor allem eine tiefe Naturerkenntnis und Kenntnis der modernen Gesellschaftslehre. Diese zu vermitteln, hat sich der neue proletarische Kosmos, die „Krania“, zur Aufgabe gemacht. Diese Monatshefte, mit ihren tiefen und klugen Aufsätzen, sind vorzüglich ausgestattet und vermitteln allen vorwärtstrebenden Menschen den wichtigsten Bildungssstoff. Kur erste Kopie sind die Mitarbeiter der „Krania“. Der Vierteljahrsbeitrag beträgt Mark 1,25 und mit gebundener Ausgabe Mark 1,90. Der hundertsten Auflage ohne Post liegt ein Prospekt bei und können Interessenten den anhängenden Bestellzettel ausfüllen und ihrer Zeitungsträgerin mitgeben oder an die Buchhandlung Volksstimme einsenden.

Eine Führung durch die Konsumvereinsbücherei. Die Demokratische Jugend Magdeburg besuchte am Freitag abend die Räumlichkeiten der Konsumvereinsbücherei in der Magdeburger

Straße. Sie wurde in alle Einzelheiten der Bücherei eingeführt, so daß sie sich ein Bild machen konnte von dem vielseitigen Betrieb zur Herstellung des wichtigsten Nahrungsmittels. 2000 Ca. Mehl sind aufgeschichtet und 7000 Brote gehen täglich heraus. Die Arbeit währt von Morgens bis Abends, in mehreren Schichten eingeteilt, ohne Unterbrechung. Um 10 Uhr ist Feierabend. Um 11 Uhr kommen die Expedienten, um die Brot und Kuchen zu fortieren und zu verpacken. Um 5 Uhr fröhlich stehen 7 Autos und viele Wagen bereit, um die Arbeit dieser Nacht in die einzelnen Stadtteile zu tragen und morgens früh hat der Arbeiter schon das gewohnte Nahrungsmittel zur Hand. Eine peinliche Sauberkeit und eine wunderbare Gräßlichkeit zeichnen den Betrieb aus, und die Jugend schmürzelte vergnügt, als jeder von ihnen sich Kuchen und Lote nehmen konnte, um praktisch die „Arbeit“ zu erproben. 300 Berliner Arbeiter sind täglich nötig, um den Betrieb in Gang zu halten und jede Frau findet den ganzen Tag lang unterwegs, um für Reinlichkeit und Ordnung zu sorgen. Für die wohlgeleitene Führung durch die Konsumbücherei spricht die demokratische Jugend dem Vorstand des Betriebs auch an dieser Stelle ihren herzlichsten Dank aus.

Lichtbildervorträge der Arbeiterjugend. Die sozialistische Arbeiterjugend Magdeburg will durch die Vorführung von Lichtbildern auch die noch aufstehenden Arbeiterkinder auf ihre Bestrebungen aufmerksam machen. Sie laßt zu diesen Veranstaltungen nicht nur die Schulklassen ein, sondern bittet auch die Eltern, Erzieher und andere interessierte Gäste, zu kommen. Die Lichtbilder sind die ersten ihrer Art und bisher noch nicht vorgeführt worden. Die Vorträge finden in den einzelnen Bezirken statt: Alte Neustadt, Schule Stenbaler Straße, am Montag den 27. April; Neue Neustadt (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben); Altstadt, Eibthausstraße, Bismarckstraße, am Dienstag den 28. April; Wilhelmsstraße (Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben); Buckau und Sudentenburger Straße, am Donnerstag den 30. April; Ferner leben-Südost, Schule in der Radmünder Straße, am Sonnabend den 2. Mai. Als Eintrittsbeitrag werden nur 10 Pfennig erhoben.

Das indische Arbeiterleben, die Ausbeutung der Arbeiter in diesem mit Fruchtbarkeit gesegneten Lande, die Verhältnisse der dortigen Aufständischen und Polizeitruppen wird geschildert in dem Buche Parthas, Aufzeichnungen eines indischen Polizeikapitän. Ein Buch, das in aller Offenheit die dortigen Zustände aufzeigt, wie sie auch heute noch herrschen. Daneben wird aber auch das Land farbenprächtig geschildert. Die Buchhandlung Volksstimme hält dieses Buch vorrätig.

Ein Schwundelinsat. Die Herren-Kassens-Konvention von Alfons Bäcker in Hannover, Bobbielstraße 25, wurde durch Anwesenheit von hiesigen „General-Auzer“ Heimkehrer bei gutem Verdienst. Bäcker hat hierauf zwei Bewerber um je 180 Mk. betrogen. Die Beträge waren als Scherben für das in Aussicht gestellte, aber nicht erhaltene Schmelzmaterial eingekauft. Personen, die außerdem durch Bäcker in der angestrebten Weise geschädigt sind, wollen sich beim Polizeipräsidenten, Kriminaldirektion, Zimmer 260, melden.

Ein falscher Gerichtsbescheid, der nach auswärtigen Mitteilungen bereits in anderen Orten aufgetaucht ist, treibt auch hier sein Unwesen. Er wendet sich an Geschäftleute, nachdem er sich Kenntnis von deren Forderungen an den Schuldnern gegenüber verschafft hat und erbetet sich zur Entlohnung derselben. Die Hauptsache für ihn ist natürlich dabei der Kostenvorschub, den er für seine Bemühungen fordert und fast immer erhält. Er beschneidet den Empfang des Betrages mit dem Namen Greger. Beschrieben wird er wie folgt: etwa 48 Jahre alt, mittelgroß, Schnurbart, bekleidet mit grünem Ledermantel, grünem Hut. Beschädigte, in noch nicht zur Anzeige gebrachten Fällen, werden ersucht, dem Polizeipräsidenten, Kriminaldirektion, Mitteilungen zu machen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Einzelverkauf von Windfäden, Mützen, Gürteln, Brotbeutel usw. nach wie vor 3 A L O S K a s e Nr. 40, 1 Trepp, bei Heiligenstädt. Die Verammlung der Freizeitsgesellschaft findet nicht Mittwoch sondern Donnerstag in den „Apolloiden“ statt.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Im großen Saale der Freundschaft spricht Donnerstag den 23. April, abends 8 Uhr, der erfolgreiche Krebskämpfer Dr. med. Andersson (Kon.-am-Ropendünen über die Krebskrankheit. Karten zu 150 Mk. bei Wolf & Ruthe, Große Mühlstraße 15.

Zentraltheater.

Infolge anderweitiger Verpflichtungen wird die so sehr erfolgreiche Revue-Operette „Gräfin Mariza“ nur noch für eine Zeit gespielt. Der Erfolg ist außerordentlich gewesen wie bei den ersten Aufführungen. Die Rahmenmusik reißt mit ihren lebendigen einleitenden und schließlichen Klängen alles mit sich hin, und die mühsere und frische Darstellung findet allabendlich den stürmischen Beifall des Hauses. Am Freitag dieser Woche ist ein Ehrenabend für die Darstellerin der Titelrolle, Frau Mimi May, angesetzt. Bei der großen Beliebtheit dieser Sängerin darf erwartet werden, daß ihr Ehrenabend einen vollen Erfolg bringen wird. Für die Seite neben der übrigen Musik, seien sodann Adolf Reubas als Gast, ferner Heinz Joachim Pau, Fritz, Arno & Sohn, Walter Leo, als Gast, sowie Eore Steyer-Sch. als Regisseurin, Richter, Bertl, Zimmung und Egon Lot.

Mit diesen Gedanken fuhr er zur Stadt, mit ihnen durchwanderte er sie, und so sah und hörte er nur auf das, was ihm in seinem Vorhaben förderlich erschien.

Heßkrall hatten Kenner die Steine gelobt. Mit dem, was der Maurerwillek darüber gesagt hatte, hatte es also seine Richtigkeit. Auch daß man reichlich Aufträge bekommen würde, rechnete auf billiger Wahrheit.

Und den Stadtleuten hatte der einfache und derbe Bauer gefallen. Kaum hatte er gewußt, wie man die Herren anreden mußte, sich dann aber doch vernünftig und klug benommen. Der Ausdruck von Willenskraft und Energie, der stets auf seiner Stirn lag und aus dem großen Sinn mit den darüber liegenden, starken Kiefern sprach, die großen Augen, die sich weber betreten noch heiligen liegen, der leuchtende Blick hatte alle die, bei denen er um eine Unterredung gebeten hatte, fühlen lassen, daß er ein gerader und verlässlicher Charakter sei, ein aufrechter und vertrauenswürdiger Mensch.

Er wußte nicht, daß zu praktischer Arbeit Ehrgeiz gehörte, und hoch ging er den rechten Weg. Ganz von selbst hatte er ihn entdeckt, geführt von einem gesunden Empfinden. Die Ingenieure der Gesellschaft, die die Drahtseilbahn in Auftrag hatte, mußten ihm den ganzen Bau erklären, ihm das Sreinandergreifen aller einzelnen Teile verständlich machen. Er wollte alles Notwendige über die Tragkraft und Spannung der Seile, die Bremsvorrichtung, die Größe und Schwere der Wagen wissen, man mußte ihm sagen, worauf man zuerst achten mußte, wenn einmal diese oder jene Störung eintreten würde. Die Männer sahen ihn mit verwundernden Augen an und wünschten, er sähe auf dem Blocksberg. Er nahm sich die Kataloge mit Bildern und Beschreibungen mit und kaufte sich auf den Rat eines alten Pfistermeisters ein Buch über die verschiedensten Arten des Basaltens und ihre Verwendbarkeit.

So viel will der Maurerwillek wollte er zunächst einmal von der ganzen Sache verstehen. Und dann noch mehr! Er würde ja wohl noch auf Jahre auf dem Steinfeld bleiben und nachher schon Mittel und Wege finden, den ganzen Betrieb zu leiten. Der Felschhof sollte nicht nur Selbst gegeben haben und sich dafür mit einem kleinen Verdienststücken begnügen müssen, er sollte voll und ganz in den Betrieb aller Ueberflüsse kommen. Den guten Felschhof hätte am Ende der Maurerwillek doch hinter das Licht geführt.

Wer keinen Reichtum hat, muß seine Intelligenz nutzen. Und nützt er sie, dann führt ihn so leicht keiner an, und er kommt hoch.

(Fortsetzung folgt.)

kaufte. Aber laßt's gutt sei, der Herr nimmt sich wieder, wann sei Straf ritt is. In der Quellmojer an.“

Doch man rief sie auch durch den Nebel ins Tal.

Und die ersten Männer unien stellten scharfe Fragen.

Als der Winter mit Frost und Schnee auf dem Steinfeld eingezogen war und den Landmann auf die Offenheit vertrieben hatte, war ein rasches, selbständiges Suchen über Lorenz geworden. Er sah immer aus, als sei er schlechter Laune. Eine rätselhaft, geheimnisvolle Macht trieb ihn, sich mit dem Lärmen und Wüsten des Lebens da drängen einmal bekannt zu machen. Ob das wohl wahr ist, was der Lehrer so oft zu ihm gesagt hatte, als er noch auf der Schulbank saß: Das Wasser hinunter, immer das Wasser hinunter. Ob das auch beim ihm zutrifft? So dachte er aber endlich eine Reise in die große Stadt, ohne daß der Maurerwillek etwas davon vorher erfahren hätte. Sein Rausen war höher von allen den Steinproben, die er an den verschiedensten Stellen der Teufelswand ausgewählt hatte.

Der Felschhof sollte nicht in die Hand des Maurers kommen. Kummer wollte er dem Willen folgen, im Gegenteil, er wollte verhindern, ihn zu zwingen, daß er ihm folge. Einem Menschen will so schließenden Augen, stets nach einem Ausweg jurend, einem Menschen mit solch umschweifenden Lebensarten gibt sich ein echter Kerle nicht in die Hand. Kann man ihn loswerden, dann muß man ihn duden. Selbst lohnt man sich seinen Weg.

So etwas Reichtliches hatte ihm sogar die Felschhoferin gesagt. Und die war nur ein Weib. Freilich hatte die auch ein Ziel. Und er glaubte es zu kennen und laute darüber, lachte und fühlte doch hinter dem Rücken ein heimliches Unbehagen wie von keinem, verführerischem Schwachgefühl.

Und er dachte sich: Die Steinfelder werden sich ja wohl den Kopf zerbrechen, warum ich das alles tue, warum ich für die Witwe zu arbeite? Sie werden denken, der Lorenz will Felschhofer werden. Gewiß werden sie das. Sie wissen ja nichts anderes. Aber mein Ziel ist die Straße, der Reichtum und das Glück des Gutes und der Frau Nord.

Und da er nicht ein wenig seinen Stolz, und es war ihm wie eine heimliche Stimme im Ohr: Das glaubst Du wohl selbst nicht. Lorenz. Die Steinfelder wissen es besser als Du. Durch alle Menschen geht eine gleiche Kraft.

Er aber redete sich dann und sagte in befreiendem Schwunge zu sich: Nur weil der Mensch ein hartes Wesen, ein fernes Ziel haben muß, um Freude und Zufriedenheit an Leben zu haben, darum nehme ich mir jetzt all das vor. Ich weiß, daß für mich in meinem Willen schwere Tage aufkommen werden, allein ich will hinauf, ich will versuchen und sehen, was ich kann.

